



Presseschau vom 23.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Häuserkampf in Mariupol: Menschen harren in Treppenhäusern aus, während geschossen wird (Video)**

Wie die Einwohner Mariupols Kämpfe in einem Wohngebiet erleben, zeigen Videos, die ein örtlicher Kameramann für RT in der umkämpften Stadt gedreht hat. Die Asow-Kämpfer beziehen ihre Stellungen in Wohnungen, während Menschen Zuflucht in den Treppenhäusern suchen. ...

<https://kurz.rt.com/2vpe> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Prominente und Wissenschaftler wenden sich gegen Rüstungspläne**

Eine Gruppe Prominenter hat einen Appell gegen die von der Berliner Ampelkoalition geplante Aufrüstung der Bundeswehr verfasst. Binnen weniger Stunden hat der Appell im Internet bereits mehr als 5.000 Unterschriften erhalten. ...

<https://kurz.rt.com/2vqa> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: **Inmitten des Ukrainekrieges: Israel und arabische Staaten rücken stärker zusammen**

Das Dreiertreffen in Scharm el Scheich sollte eine einheitliche Front gegen die Schritte des Westens zur Wiederbelebung des Atomabkommens mit Iran darstellen. Angesichts der mittlerweile eingebrochenen Weizenexporte aus Russland und der Ukraine versucht Israel einerseits Ägypten bei der Suche nach Alternativen zu unterstützen. Und andererseits bemüht sich Israel, den Golfstaat VAE zu einer Erhöhung der Ölproduktion zu motivieren. ...

<https://kurz.rt.com/2vr4> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:30 de.rt.com: **Erhebliche Flächen der Donbass-Republiken sind vermint**

Laut Presseberichten aus der Donezker Volksrepublik (DVR) sollen die ukrainischen Streitkräfte und die ukrainischen nationalistischen/faschistischen Bataillone auf dem Gebiet der Volksrepubliken Donezk und Lugansk weite Flächen mit Minen buchstäblich gespickt haben. Zehntausende Hektar an Feldern, Schluchten, Wäldern, Flussmündungen und Flussufern seien mit Minen übersät, heißt es.

Gleichzeitig existieren keine Karten der Minenfelder: Die ukrainischen Streitkräfte haben alle Unterlagen vernichtet, und oft haben sie diese nicht einmal erstellt. Das Katastrophenschutzministerium der DVR vermutet, dass es Jahrzehnte dauern könnte, um die betreffenden Gebiete zu räumen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623a1e46b480cc43402b8e68.jpg>

20:39 (18:39) rusvesna.su: **Versorgungszentrum der Streitkräfte der Ukraine im Donbass zerstört**

Der Gouverneur von Dnepropetrowsk, Valentin Resnitschenko, [berichtete](#) über einen Raketenangriff russischer Truppen auf Pawlograd.

Ihm zufolge wurde der Bahnhof Pawlograd-2 zerstört. Auch die Bahnanlagen und Gleise wurden zerstört. 15 Güterwagen seien entgleist.

Der Verkehr durch den Bahnhof sei auf unbestimmte Zeit eingestellt worden.

Pawlograd ist ein wichtiger strategischer Punkt. Für die ukrainischen Truppen im Donbass ist das ein Zeichen, dass die russische Armee sie von Westen her zu umzingeln versucht.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/nUGzmOZ2t97TyVGVnlK9QM0dTf4QSRlgi-9sJ-EGrP_OxwW6evfTDIJO5ndPDYUrxLrsm7vew6Xa4qAnuZk-3g2f52d2IBFVp71EchR_fhbOyDwpZx9FaSEp9_3I25rNTvFSQgiov9YfgoXUt3BwPvnuIvBmQ_KfNqO9AeUBWwiHJVMQLj1DYeRFYAkNnWS9LB7deYxiwhBxIdXTPTfSkRwS6M7S0M5UxlyRie1H4SmA7RW9rw75Qzty3L0HZictrx0ZLpelUNk0q-yUqy3kAXBftkICev7tUn864SI-eREqPTE5ZG2WtGls9YgT7TKcz01KszljBD6FeTromEXA.jpg

21:15 de.rt.com: **Kremlsprecher im CNN-Interview: Russland wird Nuklearwaffen nur**

im Fall einer realen Bedrohung einsetzen

In einem Gespräch mit dem US-Fernsehsender CNN zum Ukraine-Krieg hat der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow erklärt, Russland werde die Nuklearwaffen nur im Fall einer realen Bedrohung für das Land einsetzen. Außerdem unterstrich er, eine Okkupation der Ukraine sei nicht das Ziel der russischen Militäroperation.

Die russischen Truppen würden keine Zivilobjekte angreifen, so Peskow. Unter anderem bestehe die Hauptaufgabe der russischen Streitkräfte in Mariupol darin, die Stadt von den "nationalistischen Einheiten" zu befreien.

Peskow zufolge verlief die Operation entsprechend den festgesetzten Plänen. Niemand habe erwartet, dass sie "in zwei Tagen vorbei" sein werde:

"Das ist eine ernste Operation mit ernstesten Zielen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623a289448fbef63363ba2e8.jpg>

23:43 (21:43) novorosinform.org: **Kreml bezeichnet Berichte über Arbeitslager für ukrainische Flüchtlinge als Fälschung**

Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitri Peskow, hat sich zu Berichten über "Arbeitslager" für ukrainische Flüchtlinge in Russland geäußert:

"Das ist nicht wahr", sagte Peskow zu den Äußerungen eines CNN-Mitarbeiters, wonach es Gerüchte gebe, dass Russland ukrainische Bürger aus Mariupol auf sein Territorium bringe, um dort in Arbeitslager zu stecken.

"Diese Berichte sind Teil des Informationskriegs, der gegen Russland entfesselt wurde", betonte der Sprecher des russischen Präsidenten laut RIA Novosti.

In Russland gebe es keine solchen Lager, erklärte er.

"Glauben Sie mir, wir befinden uns nicht nur in einer Militäroperation, sondern auch in einem brutalen Informationskrieg, einem Krieg der Fälschungen", fügte der Kreml-Sprecher hinzu.

Peskow wies darauf hin, dass es notwendig sei, von innen heraus zu wissen, was vor sich geht, da es den Menschen manchmal schwer falle, die Situation zu verstehen.



https://novorosinform.org/content/images/15/83/41583_720x405.jpg

21:48 de.rt.com: **Japaner über Wladimir Selenskijs Aussagen bezüglich Pearl Harbor empört**

In Japan haben sich viele Menschen über die Worte des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskijs empört. Selenskijs setzte die russische Militäroperation in der Ukraine mit dem japanischen Angriff auf den US-Stützpunkt Pearl Harbor gleich.

Die Leser der japanischen Ausgabe des Magazins Newsweek haben auf eine Videoansprache des ukrainischen Staatschefs Wladimir Selenskijs an Mitglieder des US-Kongresses zur Lage in der Ukraine scharf reagiert.

Unter anderem verglich der ukrainische Präsident die russische Militäroperation in der Ukraine mit den Terroranschlägen vom 11. September in den USA und dem japanischen Angriff auf den US-Stützpunkt Pearl Harbor. Viele Nutzer brachten die Meinung zum Ausdruck, dass ein solcher Vergleich unangemessen sei, und einige derjenigen, die zuvor Mitleid mit Kiew hatten, beschlossen, ihren Standpunkt zu ändern. Ein Leser äußerte seine Meinung detailliert:

"Frage: Warum musste Japan Pearl Harbor angreifen? Denn Amerika hatte ein ABCD-Belagerungsnetz um es herum aufgebaut, das Japan isolierte und es in den Krieg hineinziehen wollte. Dies lag im Interesse der USA."

Weiter wies der Leser darauf hin, dass die USA Russland dazu gezwungen hätten, in der Ukraine zu operieren. Aus der Geschichte des Krieges im Pazifik sollten Japaner Lehren ziehen, hieß es weiter. Ein anderer Leser unterstrich:

"Nun ist klar, dass Selenskijs die Schlüsselfigur war, die Russland lange Zeit provozierte und in einen bewaffneten Konflikt hineinzog. Diese Rede von Selenskijs vor dem Kongress hat gereicht."

Nach Ansicht der japanischen Leser werden viele Menschen in Japan den ukrainischen Präsidenten wegen seiner Äußerungen über Pearl Harbor nicht mehr unterstützen. Überdies hätte er schon vor diesen Äußerungen nicht unterstützt werden dürfen.

Der Angriff auf Pearl Harbor hatte zum Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg geführt. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hatte Washington eine Militäroperation in Afghanistan gestartet, die 20 Jahre später mit der US-Flucht aus dem Land und der Machtübernahme durch die Taliban endete.

Kiew macht keinen Hehl daraus, dass es die Vereinigten Staaten und die NATO in den Konflikt in der Ukraine hineinziehen will, und fordert ständig die Einrichtung einer Flugverbotszone. Die westlichen Staats- und Regierungschefs ihrerseits sprechen davon, dass der Luftraum wegen der Gefahr eines Dritten Weltkriegs nicht geschlossen werden kann, liefern aber weiterhin Waffen an Kiew.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623a173648fbef631133477f.jpg>

21:50 de.rt.com: **Polen wird auf NATO-Gipfel vorschlagen, Friedenstruppen in die Ukraine zu schicken**

Der polnische Präsident Andrzej Duda will auf dem NATO-Gipfel am 24. März vorschlagen, Friedenstruppen der Allianz in der Ukraine einzusetzen. Dies berichten die polnischen Medien mit Verweis auf das Verteidigungsministerium.

Überdies erklärte Duda, dass die NATO-Russland-Grundakte über Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit nicht mehr existiert und niemanden mehr bindet. Wörtlich hieß es:

"Wir sollten laut sagen, dass die NATO-Russland-Grundakte nicht mehr existiert. Das Papier bindet einfach niemanden mehr."

Zuvor hatte der stellvertretende Ministerpräsident von Polen, Jarosław Kaczyński verkündet, er werde die NATO auffordern, eine Friedensmission in die Ukraine zu entsenden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623a31d2b480cc573c15c3e3.jpg>

23:59 (21:59) novorosinform.org: **In der LVR wurde ein Stab für die Wiederherstellung der befreiten Gebiete geschaffen**

Die Behörden der Republik haben einen operativen Stab geschaffen, der sich mit der Wiederherstellung der Infrastruktur in den zuvor von ukrainischen Nationalisten besetzten Gebieten der LVR befassen wird.

Dies teilte der Regierungschef der Republik, Sergej Koslow, im Sender „Lugansk 24“ mit. In Bezug auf die Sprengung von mehr als zwei Dutzend Brücken durch das ukrainische Militär während des Rückzugs sagte er, dass die Fragen der Wiederherstellung von einem

eigens für diesen Zweck geschaffenen Stab entschieden würden.

Kozlow fügte hinzu, dass die Häuser der Bewohner dieser Gebiete, die während der Feindseligkeiten zerstört wurden, in der Reihenfolge der höchsten Priorität wiederaufgebaut werden. Das heißt, Ein- und Mehrfamilienhäuser, sagte er.

Die Republik werde auch dort ansässige soziale Einrichtungen, Unternehmen und Infrastruktur wiederherstellen, schreibt [RIA Novosti](https://ria.ru/).



https://novorosinform.org/content/images/15/84/41584_720x405.jpg

22:13 de,rt.com: **CNN: NATO und USA warten darauf, dass Weißrussland sich Russlands Sonderoperation anschließt**

CNN behauptet, NATO und USA warten darauf, dass Weißrussland sich bald an der russischen Sonderoperation in der Ukraine beteiligt. Nach Angaben des Senders bereiten die weißrussischen Behörden angeblich bereits den Boden, um ihre Teilnahme zu "rechtfertigen". Der US-Sender CNN hat ungenannte Beamte der USA und der NATO mit den Worten zitiert, die Allianz gehe davon aus, dass sich Weißrussland auf eine baldige Beteiligung an der Sonderoperation Russlands in der Ukraine vorbereite. Angeblich treffe Minsk bereits Vorbereitungen, um seine Teilnahme zu "rechtfertigen". Die Quellen räumten jedoch ein, sie hätten keine Anzeichen dafür gesehen, dass sich weißrussische Truppen auf eine Beteiligung an der Operation in der Ukraine vorbereiteten. Ein Militärsprecher der NATO sagte dem Fernsehsender:

"Die Wahrscheinlichkeit, dass Weißrussland in diesen Konflikt verwickelt wird, nimmt zu."

Ein weiterer hochrangiger NATO-Geheimdienstmitarbeiter erklärte CNN, die Allianz gehe davon aus, dass das offizielle Minsk "den Boden bereitet, um die Einleitung einer Offensive der weißrussischen Armee gegen die Ukraine zu rechtfertigen".

Den Quellen des Senders zufolge gibt es bisher weder Anzeichen für eine Beteiligung Weißrusslands an den Ereignissen in der Ukraine noch Hinweise auf mögliche Absichten Minsk, Truppen in das Nachbarland zu verlegen.

Alexander Lukaschenko, der weißrussische Präsident, hatte zuvor erklärt, Russland fordere Minsk nicht auf, sich an der militärischen Sonderoperation der russischen Truppen in der Ukraine zu beteiligen. Er betonte auch, dass es für die westlichen Länder von Vorteil sei, Minsk und Moskau in den Konflikt in der Ukraine hineinzuziehen, dass dem Westen dies in Bezug auf Weißrussland aber nicht gelingen werde.

Russland hatte am 24. Februar eine Militäroperation in der Ukraine eingeleitet. Präsident Wladimir Putin beschrieb den Zweck des Einsatzes als "Schutz der Menschen, die acht Jahre lang vom Kiewer Regime misshandelt und ermordet wurden". Zu diesem Zweck sei geplant, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren und alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, die für die blutigen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung im Donbass verantwortlich seien.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums trafen die russischen Streitkräfte nur militärische Infrastruktur und ukrainische Truppen. Mit Unterstützung der russischen Streitkräfte entwickeln die Truppen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk eine Offensive, aber es ist nicht die Rede von einer Besetzung der Ukraine, betonte der russische Präsident.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623a1fbbb480cc4258289d69.jpg>

22:20 de.rt.com: **EZB-Präsidentin warnt Kryptofirmen vor Beihilfe zur Umgehung der Sanktionen gegen Russland**

Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, warnte davor, dass Kryptowährungen genutzt werden, um die Russland-Sanktionen der westlichen Welt zu umgehen. Wie Lagarde auf einer Veranstaltung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) erklärte, würden bestimmte Personen und Unternehmen versuchen, Rubel in Kryptowährungen umzutauschen. Die europäischen Behörden hätten all jenen, die mit dem Umtausch, mit Transaktionen und Dienstleistungen in Verbindung mit Krypto-Assets zu tun hätten, signalisiert, dass sie als Komplizen bei dem Versuch, die Sanktionen zu umgehen, betrachtet würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623a3cc348fbef666e06e92e.jpg>

22:49 de.rt.com: **Öltransportunternehmen in Russland meldet Unfall – Vorläufig kein Ölleck**

Wegen eines Unwetters ist es bei dem Öltransportunternehmen Caspian Pipeline Consortium zu Störungen der Ausrüstung gekommen. Das Unternehmen versichert jedoch, der Unfall werde sich nicht auf den Öltransport auswirken und es gebe auch kein Ölleck.

Das Öltransportunternehmen Caspian Pipeline Consortium (CPC) hat erklärt, dass die vorübergehende Stilllegung der dritten Tankerladeeinheit bei Noworossijsk aufgrund von Schäden keine Auswirkungen auf die Öltransporte habe. Der Pressedienst des Unternehmens teilte mit:

"Im Moment gibt es keine Auswirkungen auf den Abtransport."

Am Vortag hatte die Einrichtung berichtet, dass das Unternehmen nach schlechtem Wetter eine Inspektion der Auslegerausrüstung durchgeführt habe. Diese Inspektion habe einen Schaden ergeben. Das Caspian Pipeline Consortium beschloss daraufhin, die Tankerladeeinheit vorübergehend außer Betrieb zu setzen, um sie zu spülen und zu reparieren. Der Pressedienst fügte hinzu, dass es verfrüht sei, von einem Defekt des Gerätes zu sprechen. Eine Bestätigung sei erst nach weiteren Untersuchungen möglich.

Durch die rechtzeitige Entdeckung der Störung konnte das Risiko einer Ölkatastrophe im Schwarzen Meer verhindert werden. Ein Stopp der Öltransporte sei nur dann erforderlich, wenn die beiden verbliebenen Ausleger ebenfalls beschädigt seien. Dies werden derzeit untersucht, hieß es weiter.

Unterdessen erklärte das russische Mineralölunternehmen Rosneft, dass der Unfall zu großen Schäden geführt haben könnte, was eine schwerwiegende Unterbrechung der Öllieferungen an die Abnehmer (Italien, die USA, China, die Türkei, Frankreich, Spanien) zur Folge hätte.

Nach vorläufigen Schadensschätzungen sei der Schaden in der Tat schwerwiegend, so Rosneft.

Im Jahr 2021 wurde das CPC bereits von der russischen Aufsichtsbehörde im Bereich Umwelt wegen eines Öllecks in der Nähe von Noworossijsk mit einer Geldstrafe von fast fünf Milliarden Rubel belegt. Das Ausmaß der Verschmutzung im Schwarzen Meer betrug damals 80 Quadratkilometer.

Das Caspian Pipeline Consortium ist die wichtigste Exportroute für kasachisches Öl, mehr als 80 Prozent des Volumens werden durch die Pipeline gepumpt. Die Kapazität der Pipeline beträgt 67 Millionen Tonnen Öl pro Jahr. Das CPC ist ein ausländisches Unternehmen, an dem Russland mit 31 Prozent beteiligt ist und Kasachstan 20,75 Prozent Anteile hält, wobei der größte Teil des Kapitals allerdings im Besitz von LUKARKO, Shell, Exxon und anderen Firmen ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6239ed9eb480cc42611ed0be.jpg>

1:00 (23:00) rusvesna.su: **Selenskijs Stabschef: Die Ukraine wird den Krieg ohne Offensivwaffen nicht gewinnen**

Ohne Offensivwaffen, insbesondere Mittelstreckenraketen, kann die Ukraine den Krieg nicht gewinnen. Dies erklärte der Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine, Andrej Jermak. „Ohne Offensivwaffen, ohne Mittelstreckenraketen, die abschreckend wirken können, ist der Krieg nicht zu gewinnen. In unserem Fall geht es um Eindämmung, nicht um Aggression“,

sagte Jermak.

... Eine effektive Verteidigung erfordere ein zuverlässiges mehrschichtiges Luftverteidigungssystem, das ballistische Raketen auf große Entfernung abschießen kann. „Aber sie geben es uns nicht, genauso wie sie keine Kampffjets geben. Sie wollen uns nicht in der NATO sehen. Die Angst vor einer Eskalation ist verständlich. Aber das hilft nicht“, fügte Jermak hinzu.

Er wandte sich auch an europäische Partner mit der Bitte, den Himmel zu schließen oder Luftverteidigungssysteme mit großer Reichweite bereitzustellen.

„Ihre Angst vor einer Eskalation fördert die Aggression, Ihre Entschlossenheit wird sie abschrecken“, sagte Jermak.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/mesto_padeniya_samoleta_vsu.jpg

3:30 (1:30) rusvesna.su: **Untersuchung der Arbeit biologischer Laboratorien auf dem Territorium der Ukraine: Russland hat viele Dokumente zu studieren**

Die Fraktion „Gerechtes Russland – Für die Wahrheit“ unterstützt die Resolution der Staatsduma zur Einrichtung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Arbeit amerikanischer biologischer Laboratorien in der Ukraine.

Dies wurde vom Pressedienst des Fraktionsvorsitzenden Sergej Mironow mitgeteilt.

„Es ist notwendig, die Teilnehmer an diesem Projekt zu identifizieren, die erhaltenen Daten der internationalen Gemeinschaft vorzulegen und eine strafrechtliche Verfolgung der Täter zu erreichen“, sagte Sergej Mironow.

Der Vorsitzende der Fraktion erinnerte daran, dass die stellvertretende Staatssekretärin der USA für politische Angelegenheiten, Victoria Nuland, kürzlich bei einer Anhörung im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Senats des US-Kongresses bestätigt habe, dass solche Biolabors in der Ukraine existieren.

Die Vereinigten Staaten, sagte sie, arbeiten daran, zu verhindern, dass sie unter die Kontrolle der russischen Armee fallen.

„Wie Sie wissen, hat das Verteidigungsministerium berichtet, dass während einer speziellen Militäroperation die Tatsachen einer Notsäuberung durch das Kiewer Regime von Spuren eines sehr gefährlichen biologischen Programms aufgedeckt wurden. Es wurde von ukrainischen Spezialisten auf Kosten des US-Verteidigungsministeriums durchgeführt“, fügte der Abgeordnete hinzu.

Nach vorläufigen Angaben ging es um die Arbeit an den Erregern von Pest, Anthrax,

Tularämie, Cholera und anderen tödlichen Krankheiten, die bei Vertretern slawischer Nationalitäten zu Krankheiten führen sollten.

„Nicht alle Dokumente wurden veröffentlicht, und die Parlamentarier werden sie studieren. Ich finde, dass Vertreter des Föderationsrates ebenfalls eine umfassende parlamentarische Untersuchung durchführen sollten.

Es ist notwendig, die Teilnehmer an diesem Projekt zu identifizieren, die erhaltenen Daten der internationalen Gemeinschaft vorzulegen und eine strafrechtliche Verfolgung der Täter zu erreichen“, schloss Sergej Mironow.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/ssha_biologicheskoe_oruzhie.jpg

6:00 (4:00) rusvesna.su: **Bandera-Terror auf offizieller Ebene: ein schockierendes Dokument aus Odessa**

So kämpfen die Bandera-Leute - hier die genaue Übersetzung des Befehls des Leiters der regionalen Militärverwaltung von Odessa, M. Martschenko.:

Auszug aus dem Befehl 16.03.2022 Odessa, Nr. 101

Über die Organisation der Verteidigung

In Übereinstimmung mit dem Dekret des Präsidenten der Ukraine Nr. 64/2022 vom 24.

Februar 2022 „Über die Einführung des Kriegsrechts in der Ukraine“, genehmigt durch das Gesetz der Ukraine vom 24. Februar 2022 Nr. 2102-IX, die Gesetze der Ukraine „Über das rechtliche Regime des Kriegsrechts“, „Über die Verteidigung der Ukraine“, um die Bedürfnisse des Staates im Rahmen des Regimes des Kriegsrechts im Zusammenhang mit der militärischen Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine zu befriedigen, befehle ich:

1. Rüsten Sie starke Positionen aus in: Schule Nr. 1 (Michailowskaja-Platz, 10), Schule Nr. 57 (Jamtschitski-Str., 7), Schule Nr. 59 (Kanatnaja-Str., 89), Schule Nr. 101 (Bolschaja Arnautskaja-Str., 9), Schule Nr. 94 (Marasliewskaya St., 60), Stadtkrankenhaus Nr. 8 (Fontanskaja-Str. 110), Regionales Medizinzentrum Odessa (Chirurgische Abteilung) (Sudostroitel'naja St., 1), Klinik des Medizinischen Instituts Odessa (Tenistaja-Str., 8), Lyzeum "Rischelevskij" (Elizawetinskaja-Str., 5).

2. Organisieren Sie an den festgelegten Stützpunkten die Ausrüstung von Panzerabwehr- und Feuerstellungen, Technik- und Pionierhindernissen.

3. Zivilisten sind daran zu hindern, durch humanitäre Korridore zu fliehen.

Der Leiter der regionalen Militärverwaltung von Odessa (Unterschrift) Maxim Marchenko.

Lesen Sie sorgfältig: Sechs Schulen und Bildungseinrichtungen, zwei Entbindungskliniken, drei medizinische Einrichtungen sollen in militärische Einrichtungen, Festungen und Feuerstellungen verwandelt werden.

Wofür? Um später zu lügen, dass die Russen Schulen, Krankenhäuser und Geburtskliniken

Lesen Sie sorgfältig: Es ist zu verhindern, dass Zivilisten durch humanitäre Korridore entkommen.

Was bedeutet "nicht zulassen"? Das bedeutet, jeden zu töten, der versucht, durch die von Russland vorgeschlagenen humanitären Korridore zu entkommen, wie es die Bandera-Leute in Mariupol tun. Die Zivilbevölkerung soll als menschliche Schutzschilde verwendet werden. Und lesen Sie die Präambel besonders sorgfältig: **ALL DIESE TERRORISTISCHEN ABSCHÉULICHKEITEN UND SCHANDTATEN ERFOLGEN IM EINKLANG MIT DEN GESETZEN DER UKRAINE, DIE VOM BANDERA-REGIME ERLASSEN WURDEN.** Und ziehen Sie Ihre eigenen Schlüsse.



ВИПISKA
З РОЗПОРЯДЖЕННЯ

16.03.2022

м. Одеса

№ 101

Про організацію оборони

Відповідно до Указу Президента України № 64/2022 від 24.02.2022 “прозапровадження воєнного стану в Україні”, затвердженого Законом України від 24.02.2022 № 2102-IX, законів України “Про правовий режим військового стану”, “Про оборону України”, для забезпечення потреб держави в умовах правового режиму військового стану у зв’язку з військовою агресією Російської Федерації проти України,

НАКАЗУВАТИ:

1. Обладнати опорні пункти в: Школа № 1 (пл. Михайлівська, 10), Школа № 57 (вул. Ямчитського, 7), Школа № 59 (вул. Канатна, 89), Школа № 101 (вул. Велика Арнаутська, 9), Школа № 94 (вул. Маразлівська, 60), Міська лікарня № 8 (Фонтанська дорога, 110), Одеський обласний клінічний медичний центр (хірургічне відділення) (вул. Суднобудівна, 1), Клініка Одеського медичного університету (вул. Тініста, 8), Пологовий будинок № 1 (пер. Слєпньова, 3), Пологовий будинок № 4 (пер. Павла Кравцова, 7), Маріїнська гімназія (вул. Льва Толстого, 9), Вечірня школа №25 (вул. Старопортофранківська, 45-а), Ліцей "Рішельєвський" (вул. Єлисаветинська, 5).

2. На виділених опорних пунктах організувати обладнання протитанкових і вогневих позицій, інженерно-саперних загороджень.

3. Не допускати вихід цивільного населення по гуманітарних коридорах.

Начальник Одеської обласної
військової адміністрації

МАКСИМ МАРЧЕНКО

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/prikaz_1.jpg

vormittags:

8:17 (6:17) novorosinform: **Ukrainische Kämpfer versuchen, Mariupol in Frauenkleidung**

zu verlassen

Einer der letzten dieser Charaktere wurde in einem Pelzmantel, einem Kleid und Damenschuhen festgenommen, sagte Major Oleg Kokarew, Kommandeur eines Bataillons der DVR-Streitkräfte.

Er erzählte RIA Novosti von den Versuchen von Nationalisten, unter dem Deckmantel von Zivilisten aus der Stadt zu fliehen.

„Sie versuchen, sich unter dem Deckmantel von Zivilisten auf unsere Seite zu begeben, um sich einzugliedern und irgendwohin zu verschwinden. Sie laufen oft in Frauenkleidern herum“, sagte der Offizier.

Was den "Asower" in Frauenkleidung betrifft, fügte Kokarew hinzu, dass klar erkennbar sei, dass er ein Kämpfer ist, trotz all seiner Eide und Versicherungen des Gegenteils.

Erinnern wir uns an ein weiteres ungeheuerliches Verbrechen der Nazis - um aus der Stadt herauszukommen, erschossen sie die Eltern von zwei Kindern und versuchten, unter dem Deckmantel ihrer nächsten Verwandten, durch die Kontrollpunkte zu schlüpfen. Sie wurden jedoch von Kämpfern der Volksmiliz entlarvt.



https://novorosinform.org/content/images/15/89/41589_720x405.jpg

7:00 de.rt.com: **Moskau fordert von Washington Beseitigung chemischer Waffen**

Russland hat die Vereinigten Staaten aufgefordert, ihre gesamten Bestände an chemischen Waffen zu beseitigen. Die russische Botschaft in den USA hat am Dienstag eine entsprechende Nachricht auf Twitter gepostet. Die Erklärung erfolgte als Antwort auf einen Tweet der US-Unterstaatssekretärin für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit Bonnie Jenkins, die Moskau aufgefordert hatte, "seine Chemiewaffenbestände zu deklarieren":

"Im Jahr 2017 hat Russland seinen Bestand an Chemiewaffen aufgelöst. Diese Tatsache wurde von der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen dokumentiert. Die USA wiederum verzögern absichtlich die Vernichtung der verbleibenden drei Prozent ihrer chemischen Waffen, die immer noch eine ernsthafte Bedrohung für den Planeten darstellen. Wir fordern die USA auf, alle ihre Chemiewaffen zu beseitigen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623aac45b480cc18081cf374.jpg>

9:12 (7:12) novorosinform.org: **Pushilin berichtete von Teilerfolgen bei der Befreiung von Mariupol**

Mehr als 50 % des Territoriums der Stadt seien bereits unter vollständiger oder operativer Kontrolle, sagte das Oberhaupt der DVR.

Darüber sprach Denis Pushilin in der Sendung der gesellschaftspolitischen Talkshow „Das große Spiel“ auf Kanal 1.

Ihm zufolge sei Mariupol jetzt der wichtigste Brennpunkt der Spezialoperation, und die Befreiung der Stadt gehe weiter.

„Nach verschiedenen Schätzungen befinden sich bereits mehr als 50 % des Territoriums unter vollständiger oder operativer Kontrolle“, sagte Puschilin.

Er stellte auch fest, dass in den Gebieten, die unter die Kontrolle der DVR fielen, vor allem die Arbeit organisiert wurde, um der Bevölkerung Hilfe zu leisten.

Wir fügen hinzu, dass nach Angaben des Hauptquartiers der Territorialverteidigung der DVR am vergangenen Tag 562 Menschen, darunter 110 Kinder, aus Mariupol nach Besymennoje, Bezirk Nowoasowsk, evakuiert wurden.

Auch ukrainische Neonazis versuchen, sich unter den Strom der Zivilisten zu mischen, um die Stadt zu verlassen, mitunter getarnt in Frauenkleidern, aber die Streitkräfte der DVR-Armee an den Kontrollpunkten sind wachsam.



https://novorosinform.org/content/images/15/92/41592_720x405.jpg

7:25 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen vier Siedlungen in der Volksrepublik Lugansk**

In der vergangenen Nacht hat die ukrainische Armee vier bewohnte Gebiete in der Volksrepublik Lugansk beschossen. Das teilt die LVR-Vertretung im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands auf Telegram mit. In der Mitteilung heißt es:

"Seit 07:00 Uhr am 23. März 2022 wurden acht Beschießungen von vier bewohnten Gebieten der Republik durch ukrainische bewaffnete Formationen registriert."

So seien beim Beschuss der Siedlung Brjanka eine Gasleitung, eine Schule und drei Häuser beschädigt worden. In Perwomaisk seien ein Hochschulgebäude und die Abteilung des Ministeriums für Notfallsituationen getroffen worden.

Darüber hinaus hätten ukrainische Einheiten um 6:45 Uhr Ortszeit vier 152-Millimeter-Geschosse auf das Dorf Donezki abgefeuert und dabei ein Wohnhaus zerstört sowie vier weitere Gebäude beschädigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623abb0048fbef62d5431f28.jpg>

9:36 (7:36) novorosinform.oeg: **Wolodin sprach von Chaos im US-Rechtssystem**

Laut Wjatscheslaw Wolodin, dem Sprecher der russischen Staatsduma, widersprechen sich politische Äußerungen von Washingtoner Beamten und sind wertlos.

In einem Beitrag auf Telegram schrieb Wolodin, dass sich die Aussagen der Beamten des Landes widersprüchen. Amerikanische Beamte selbst verletzen die Gesetze ihres Staates, ihr politisches System sei in einem Zustand des Verfalls, glaubt er.

Dabei geht es um die jüngsten Äußerungen der Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, die sagte, dass es keinen Druck auf Unternehmen gebe, Russland zu verlassen und ihre Geschäftstätigkeit einzustellen.

Der Sprecher der Staatsduma erinnerte auch an das Verbot des US-Kongresses, das ukrainische Nationalbataillon "Asow" zu unterstützen, aber der Chef des Weißen Hauses versorge sie mit Waffen und finanziere diese Militanten.

„Denken Sie darüber nach, was Sie von den Vereinigten Staaten erwarten können, die Atomwaffen haben und viel in der Welt bestimmen, wenn das Gesetz nicht für ihre Führung gilt und politische Äußerungen wertlos sind“, zitiert [TASS](#) den Politiker.

Laut Wolodin spreche Russland seit langem vom "zerfallenden Westen", und das Vorgehen der amerikanischen Behörden deute darauf hin, dass "heute definitiv Chaos in den Vereinigten Staaten eingetreten ist".



https://novorosinform.org/content/images/15/94/41594_720x405.jpg

7:50 de.rt.com: **Türkei will S-400-Systeme trotz US-Druck nicht an die Ukraine liefern**

Die Türkei denkt nicht daran, ihre S-400-Flugabwehrraketensysteme unter dem Druck der USA oder der NATO aufzugeben. Dies erklärte Ismail Demir, Leiter der Abteilung für Verteidigungsindustrie der Türkischen Republik, der Zeitung Iswestija. Er erklärte, die türkische Regierung habe das Thema in der Vergangenheit bereits erörtert und setze die Zusammenarbeit mit Russland einfach fort:

"Ein Verzicht darauf wird nicht einmal diskutiert."

Demir wies darauf hin, dass die Türkei für Frieden und ein Ende des Konflikts in der Ukraine eintrete.

Zuvor hatte das Pentagon bestätigt, dass Washington mit Ankara über die Lieferung von S-400-Flugabwehrraketensystemen an Kiew verhandele. Die Türkei würde im Gegenzug die Möglichkeit bekommen, in das US-Programm für die Produktion des F-35-Kampffluggesetzes der fünften Generation zurückzukehren. Außerdem würden gegen Ankara verhängte Sanktionen aufgehoben werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623aa73148fbef62e54f0996.jpg>

9:51 (7:51) novorosinform.org: **Die Krim und der Donbass werden durch einen Verkehrskorridor verbunden**

Der Plan wird unmittelbar nach der Errichtung der Kontrolle über die Autobahn nach Mariupol umgesetzt, sagte Kirill Stepanow, stellvertretender Bevollmächtigter des Präsidenten der Russischen Föderation im südlichen Föderationskreis.

„Die Übernahme des Abschnitts der Autobahn von der Krim nach Mariupol durch russisches Militärpersonal wird die Halbinsel zuverlässig durch einen Transportkorridor mit dem Donbass verbinden“, zitiert ihn RIA Novosti.

Laut Stepanow soll die Krim durch den Transit mit dem Kaukasus, den Häfen der nördlichen Schwarzmeerregion und den Industriezentren von Donbass verbunden werden.

Was die Erfolge der russischen Streitkräfte und der DVR in Richtung Mariupol betrifft, so seien laut Denis Puschilin derzeit mehr als 50% des Territoriums der Stadt bereits unter die volle oder operative Kontrolle des Militärs gekommen. Die aktive Säuberung von Neonazis gehe weiter.



https://novorosinform.org/content/images/15/95/41595_720x405.jpg

8:15 de.rt.com: **Russischer Botschafter in den USA: Waffenlieferungen und die Entsendung von Söldnern in die Ukraine sind unverantwortlich**

Waffenlieferungen und die Entsendung ausländischer Söldner in die Ukraine sind äußerst gefährliche Schritte und bedrohen unmittelbar die europäische und globale Sicherheit. Darauf wies der russische Botschafter in den USA Anatoli Antonow am Dienstag hin. Der Pressedienst der diplomatischen Vertretung zitierte den Gesandten auf Telegram:

"Die Versorgung des Kiewer Regimes mit Waffen und die Entsendung ausländischer Söldner auf ukrainisches Territorium ist unverantwortlich und äußerst gefährlich. Die Militarisierung der Ukraine stellt eine direkte Bedrohung der Sicherheit in Europa und weltweit dar."

Antonow zufolge befinde sich ein großer Teil der vom Westen an Kiew gelieferten Waffen "in den Händen von Banditen, Nazis, Terroristen und Kriminellen". Außerdem könnten "die Schläger, die aus der ganzen Welt nach Europa gekommen sind und in der Ukraine Kampferfahrung sammeln, diese später überall einsetzen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623ab04d48fbef62e54f0999.jpg>

10:17 (8:17) novorosinform.org: **Eine "Totschka-U" wurde über Jenakiewo abgeschossen: Fragmente der Rakete beschädigten Wohngebäude**

Die taktische Waffe sei gegen Einrichtungen der zivilen Infrastruktur der DVR eingesetzt worden, teilte das Hauptquartier der Territorialverteidigung der Republik mit.

Am Abend des 22. März wurde in der Nähe der Karl-Marx-Siedlung in Jenakiewo eine ukrainische Totschka-U -Rakete abgefangen, die in Richtung der zivilen Infrastruktur der DVR abgefeuert wurde.

„Zivilisten und Wohngebäude litten unter herabfallenden Raketensplintern“, heißt es im Bericht des Hauptquartiers.

Am 14. März war eine ähnliche Rakete über dem Zentrum von Donezk abgefangen wurden. Infolge des ukrainischen Terroranschlags starben 21 Menschen und 37 wurden verletzt.

Die Zahl der "Totschka-U"-Raketen, die auf die DVR von den Streitkräften der Ukraine seit Beginn der militärischen Spezialoperation abgefeuert wurden, nähert sich der 20.



https://novorosinform.org/content/images/15/97/41597_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 23. März 2022 hat die Truppengruppierung der DVR auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik 102 Ortschaften, einschließlich Sladkoje, befreit.

Kämpfe um Mariupol, Marjinka, Werchnetorezkoje, Nowomichajowka und Nowobachmutowka finden statt.

8:40 de.rt.com: **Wall Street Journal: US-Behörden bereiten Sanktionen gegen Duma-Abgeordnete vor**

Angesichts der Lage in der Ukraine bereitet die US-Regierung ein neues Sanktionspaket gegen Russland vor. Diesmal sind Abgeordnete des russischen Parlaments im Visier. Dies berichtete das Wall Street Journal.

Nach Angaben der Zeitung könnten mehr als 300 Abgeordnete von den US-Behörden mit Sanktionen belegt werden. Es wird erwartet, dass am Donnerstag neue restriktive Maßnahmen angekündigt werden.

Zuvor hatte Jake Sullivan, Berater des US-Präsidenten für nationale Sicherheitsfragen, erklärt, dass die Vereinigten Staaten und die Europäische Union nach Bidens bevorstehendem Besuch in Brüssel zusätzliche Sanktionen gegen Russland verhängen und die bestehenden verschärfen würden.

10:42 (8:42) novorosinform.org: **"Lauf, Sascha, lauf": Der Bürgermeister von Gorlowka riet seinem Amtskollegen aus Kramatorsk, vor wütenden Bewohnern zu fliehen**

Der Grund für die Erklärung waren die Anschuldigungen von Alexander Gontscharenko gegen die Stadtbewohner, den russischen Streitkräften zu helfen.

Der Chef der Verwaltung von Gorlowka [veröffentlichte](#) eine Videobotschaft auf seinem Telegram-Kanal.

Er bemerkte die Empörung des Bürgermeisters von Kramatorsk darüber, dass die Einwohner der Stadt Informationen über die Bewegung der Streitkräfte der Ukraine, den Standort von Militäreinrichtungen und Lagern an das russische Militär "durchsickern" ließen.

„Wer hat Ihnen gesagt, Genosse Gontscharenko, dass die Kolonnen der Streitkräfte der Ukraine für diese Leute ihre eigenen sind? <...> Das ist ihr Land, ihre Heimat, auf der die Eindringlinge herumtrampeln. Oder hast du Angst, wenn sie bombardieren?“ fragte Prichodko.

Er erinnert daran, dass der Donbass acht Jahre lang bombardiert wurde und "niemand Fragen gestellt hat". Zudem würden in Kramatorsk im Gegensatz zu Donezk nur Militäranlagen bombardiert, keine Wohngebiete.

„Spüren Sie den Unterschied? Sascha, lauf, bevor dich die Leute auf Heugabeln hinaustragen“, rief der Bürgermeister von Gorlowka seinen „Kollegen“ auf.

Wir erinnern daran, dass am Vorabend vom Verteidigungsministerium über die Zerstörung von Militärhangars und Treibstoffdepots in der Nähe von Kramatorsk und Lisichansk berichtet wurde.



https://novorosinform.org/content/images/15/99/41599_720x405.jpg

9:05 de.rt.com: **DVR: 562 Menschen in den letzten 24 Stunden aus Mariupol evakuiert**

Mehr als 550 Menschen wurden seit gestern bis heute Morgen aus Mariupol in die Donezker Volksrepublik evakuiert. Das teilte das DVR-Kommando für territoriale Verteidigung in seinem Telegram-Kanal mit:

"In den vergangenen 24 Stunden, von 08:00 Uhr am 22. März bis 08:00 Uhr am 23. März, wurden 562 Menschen – darunter 110 Kinder – aus Mariupol nach Besymennoje im Bezirk Nowoasowski evakuiert."

Es wird angegeben, dass sie sich jetzt in der Hilfsstation des Ministeriums für Notstandssituationen der DVR befinden. Laut den DVR-Behörden seien seit dem 5. März nach Besymennoje insgesamt bereits 4.621 Menschen evakuiert worden.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurden bis Dienstagabend aus Mariupol insgesamt bereits mehr als 68.000 Zivilisten ohne Beteiligung Kiews evakuiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623acae5b480cc16d278939b.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 23.3.22 um 10:30 Uhr

Der Gegner hat in den letzten 24 Stunden mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **28 Zivilisten, darunter ein Kind, verletzt**. 13 Wohnhäuser, 8 Infrastrukturobjekte und 8 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 76 ukrainische Besatzer, 28 Feuerpunkte, zwei Panzer, drei Schützenpanzer, zwei Panzerfahrzeuge und eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ vernichtet. Vier Panzer, ein Schützenpanzer, drei Panzerfahrzeuge und ein Kommunikationskomplex der taktischen Ebene „Harris“ wurden erbeutet.

Neun Soldaten der 54. mechanisierten Brigade und zehn der 36.

Marineinfanteriebrigade haben die richtige Wahl getroffen und haben freiwillig die

Waffen niedergelegt und so ihr Leben gerettet.

Ich wende mich an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und empfehle, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten. Nur wenn Sie freiwillig die Waffen niederlegen werden Sie zu Ihren Familien zurückkehren können.

Bei einer Untersuchung eines ehemaligen Stationierungsorts der Besatzers gerieten weitere Beweise in unsere Hände, dass die ukrainischen Kämpfer der Nazi-Ideologie anhängen. Auf der Basis der ukrainischen Kämpfer von „Asow“ im Gebiet von Mariupol wurden neonazistische Agitationsliteratur, Medaillen und andere Objekte mit Symbolik, über die die ukrainische Führung vorzieht, gegenüber der europäischen Gesellschaft zu schweigen, entdeckt. Die genannten persönlichen Dingen ukrainischer Faschisten stellen wir Ihnen hier vor.

9:30 de.rt.com: **Selenskij lädt Papst Franziskus in die Ukraine ein**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat Papst Franziskus zu einem Besuch in die Ukraine eingeladen. Das verkündete er in der Nacht zum Mittwoch in seiner Videoansprache. Er erklärte:

"Ich habe mit dem Papst über die Suche nach Frieden für die Ukraine gesprochen, über die Gräueltaten der Besatzer und über humanitäre Korridore für belagerte Städte."

Bei dieser Gelegenheit habe er den Papst eingeladen, die Ukraine zu besuchen:

"Ich glaube, dass wir diesen wichtigen Besuch organisieren können, der jeden von uns gleichermaßen unterstützen würde."

Über eine eventuelle Antwort des Vatikans auf die Einladungen gab es bisher keine Angaben.

11:57 (9:57) novorosinform.org: **Ukrainischen Truppen wird die Möglichkeit der Rotation genommen – Puschilin**

Das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin, sagte, dass die ukrainischen Truppen schwere Verluste erlitten und die Gelegenheit verpasst hätten, die Reihen des Militärs aufzufüllen. Puschilin sagte dies während eines Interviews im Fernsehsender „Russland 24“, teilte RIA Nowosti mit.

„Wir haben die Lieferung von Munition unmöglich gemacht, die Lieferung von Lebensmitteln unmöglich gemacht, es unmöglich gemacht, eine Rotation oder Auffüllung der feindlichen Einheiten durchzuführen, die Verluste erlitten haben“, kommentierte der Chef der DVR die Situation in den Streitkräften der Ukraine .

Gleichzeitig stellte Puschilin fest, dass die militärische Sonderoperation zur Befreiung der Ukraine durch die Truppen der LDVR und Russlands planmäßig und gemäß dem zuvor ausgearbeiteten Zeitplan verlaufe.



https://novorosinform.org/content/images/16/08/41608_720x405.jpg

12:04 (10:04) novorosinform.org: **Der Anführer von "Asow" forderte westliche**

Diplomaten auf, sich den Reihen des nationalen Bataillons anzuschließen und Mariupol mit Waffen zu versorgen

Die USA, Großbritannien und die EU müssten sich dringend um die Geschicke der Südstadt kümmern, rief der Nationalist pathetisch aus.

Eine Videobotschaft des Leiters der Niederlassung in Kiew, Wladislaw Sobolewskij, wurde live auf dem ukrainischen Fernsehsender 24 übertragen.

"Asowets" erklärten, dass sich die Truppen in Mariupol in einer schwierigen Situation befinden, was bedeutet, dass der diplomatische Druck des kollektiven Westens erhöht werden müsse, um ihnen zu helfen. Er forderte Offizielle der EU, der USA und des Vereinigten Königreichs auf, dringend in die Stadt zu kommen.

„Biden, unsere Partner aus Großbritannien, der Europäischen Union, der NATO – jeder sollte Mariupol auf den Lippen haben.<...> Jeder sollte dorthin gehen, <...> Waffen, Munition dorthin bringen und sich den Reihen des Asowschen Regiments anschließen“, sagte Sobolewskij.

Wir fügen hinzu, dass laut dem Oberhaupt der DVR Denis Pushilin inzwischen über 50% des Territoriums von Mariupol unter der vollen oder operativen Kontrolle der Streitkräfte Russlands und der DVR stehen. Gleichzeitig benutzen die Asow-Kämpfer die Zivilbevölkerung weiterhin als menschlichen Schutzschild, und deshalb geht die Befreiung der Stadt mit filigraner Sorgfalt voran.



https://novorosinform.org/content/images/16/09/41609_720x405.jpg

10:10 de.rt.com: Medien: Ultrarechter Söldner kehrt nach knapp einer Woche im Ukraine-Krieg nach Spanien zurück

Ein Katalane hat laut einem Medienbericht nur knapp eine Woche als freiwilliger Kämpfer im Ukraine-Krieg ausgehalten. Der als P.S. identifizierte Mann wurde mit Hilfe der katalanischen Ultrarechten aus Schitomir, rund 160 Kilometer von Kiew, nach Spanien zurückgebracht.

Die katalanische Online-Zeitung Crónica Global hat am Dienstag unter Berufung auf Polizeiquellen von einem freiwilligen Kämpfer berichtet, der nach knapp einer Woche Kampfeinsatz in der Ukraine nach Spanien zurückgekehrt sein soll. Laut dem Bericht erfolgte die Rückholaktion mit Hilfe der katalanischen Ultrarechten.

Der als P.S. identifizierte Mann war mit weiteren Freiwilligen aus Katalonien dem Ruf des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij gefolgt und hatte sich der Ende Februar von der ukrainischen Regierung gegründeten Internationalen Legion der Territorialverteidigung der Ukraine angeschlossen. Das Blatt zitierte Polizeiquellen mit den Worten:

"Einige freiwillige Kämpfer aus Spanien wie P.S. schrieben sich in Madrid ein, fuhren in einem Kleintransporter los, passierten die polnische Grenze und ließen sich anwerben. Sie wurden von der ukrainischen Seite angewiesen, Schitomir zu verteidigen."

In der rund 160 Kilometer von Kiew entfernten Großstadt erlebte P.S. demnach russische

Bombardements und wurde mit schweren Bedingungen konfrontiert. Den Polizeiquellen zufolge könnten sich die ukrainischen Milizen, darunter auch die internationalen, keine Atempause gönnen. Sie könnten nicht einmal schlafen. Hinzu kämen noch fragwürdige Verträge, fehlende Vorbereitung und mangelnde Ausrüstung:

"Außerhalb der Ukraine hatte man ihnen versichert, man würde ihnen 3.000 Euro pro Monat fürs Kämpfen zahlen. Tatsächlich waren es 300 Euro. Man hatte ihnen Ausrüstung und Munition versprochen. Ausgehändigt wurden nur Maschinengewehre und ein paar andere Dinge."

Angesichts solcher Umstände aktivierte die katalanische Ultrarechte einen Plan, um P.S. nach Hause zurückzuholen. Der freiwillige Kämpfer kehrte neulich über die französische Grenze nach Barcelona zurück.

Nach Angaben der Crónica Global droht dem Mann zunächst keine strafrechtliche Verfolgung in Spanien, da die ukrainische Regierung offiziell ein Gesetz über die Anwerbung von Ausländern erlassen hat. Dies unterscheidet den Fall P.S. von dem Fall anderer spanischer Bürger, die die Polizei im Jahr 2015 wegen der Beteiligung am Donbass-Konflikt auf der Seite der prorussischen Milizen festgenommen hat.

Zuvor hatte ein britischer Söldner nach neun Stunden Aufenthalt in der Ukraine das Land wieder verlassen. Der als Jake Priday identifizierte Mann war mit den Vertragsbestimmungen nicht einverstanden. Demnach sollte er 230 US-Dollar Sold pro Monat erhalten und bis zum Ende des Konflikts kämpfen. Darüber hinaus sollte er nach kurzem Training an die vorderste Linie geschickt werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623add4f48fbef61ff1228f5.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 23.03.2022

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **67**

Artilleriegeschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“, Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm und Mörsern des Kalibers 120mm auf das Territorium der Republik **abgefeuert**, unter Beschuss gerieten **vier Ortschaften** der Republik.

Infolge des Beschusses von Brjanka wurden drei Häuser, acht Wirtschaftsgebäude, eine Mitteldruckgasleitung und die Mittelschule Nr. 4 beschädigt.

Außerdem wurden beim Beschuss auf Perwomajsk die Berufsschule „Perwomajsker College“ und die Abteilung zu Fragen von Aufsichts- und Prophylaxetätigkeit des Zivilschutzministeriums der LVR beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus das Feuer erfolgte, operativ entdeckt und vernichtet.

Die Volksmiliz leistet weiter den Einwohnern der befreiten Territorien der Republik Hilfe. Die Volksmiliz der LVR hat humanitäre Hilfe nach Rubeshnoje gebracht und setzt die Evakuierung friedlicher Einwohner fort.

10:15 de.rt.com: **Peking kritisiert Idee, Russland vom G20-Gipfel auszuschließen**

Kein Mitgliedsland könne einem anderen das Recht auf Teilnahme an dem G20-Forum verweigern. Darauf wies der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin hin, als er sich zu der Idee äußerte, Russland von den G20 auszuschließen. Der Diplomat erklärte:

"Die G20 ist das wichtigste Forum für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, und Russland ist ein wichtiges Mitglied. Kein Mitglied der G20 hat das Recht, einem anderen Land die Mitgliedschaft zu entziehen."

Zuvor hatte Mitte März der polnische Außenminister Zbigniew Rau erklärt, dass sein Land Russland in der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer ersetzen könne. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz meinte dazu, die Entscheidung solle von allen Mitgliedsstaaten getroffen werden.



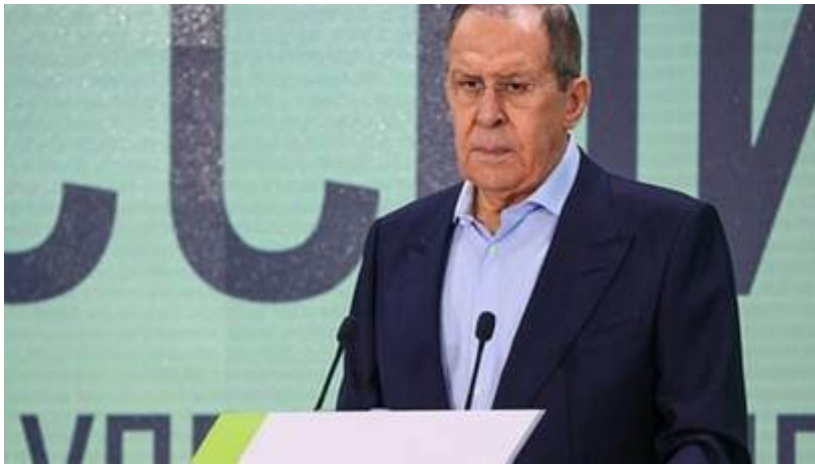
<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623add7d48fbef61ff1228f9.jpg>

12:19 (10:19) novorosinform.org: **Die Verhandlungen werden durch die ständige Änderung der Position der Ukraine behindert – Lawrow**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte, der Verhandlungsprozess zwischen Moskau und Kiew sei schwierig, weil die ukrainische Seite ständig ihre Position ändere, [informiert](#) RIA Novosti.

Der Leiter des russischen Außenministeriums stellte fest, dass die ukrainische Führung vorschlug, den Verhandlungsprozess nach dem Beginn der militärischen Sonderoperation der Russischen Föderation auf dem Territorium der Ukraine und im Donbass zu beginnen. Der Präsident Russlands wiederum „erteilte den Befehl“, einen Verhandlungsprozess mit den Kiewer Behörden einzuleiten.

„Die Verhandlungen haben begonnen, sie laufen mühsam, weil die ukrainische Seite, obwohl sie offenbar Verständnis für die Dinge geäußert hat, die während der Verhandlungen vereinbart werden sollten, ständig ihre Position ändert und ihre eigenen Vorschläge ablehnt“, sagte Lawrow.



https://novorosinform.org/content/images/16/10/41610_720x405.jpg

12:38 (10:38) novorosinform: **Das Oberhaupt der LVR und der Leiter des tschetschenischen Innenministeriums einigten sich darauf, die Aktionen in zwei Richtungen zu koordinieren**

Leonid Pasechnik und Ruslan Alchanow trafen sich, um gemeinsame Aktionen in Richtung Mariupol und Kiew zu vereinbaren.

Der Chef der Tschetschenischen Republik, Ramsan Kadyrow, berichtete über das Treffen, indem er entsprechendes Videomaterial [veröffentlichte](#).

„Unter den Bedingungen der Durchführung komplexer Kampfeinsätze spielen Fragen der effektiven Interaktion eine besonders wichtige Rolle. Vor diesem Hintergrund traf sich <...> der Innenminister der Tschetschenischen Republik, Ruslan Alchanow, mit dem Chef der LVR, Leonid Pasetschnik, um gemeinsame Aktionen zu vereinbaren“, heißt es im Text des Posts. Laut Kadyrow haben sich die Parteien darauf geeinigt, die Bemühungen zur Lösung der vom Oberbefehlshaber Russlands, Wladimir Putin, gestellten Aufgaben zu koordinieren, und die ergriffenen Maßnahmen sollen es ermöglichen, bedeutende Ergebnisse in Mariupol, Kiew und anderen strategisch wichtigen Gebieten der Spezialoperation zu erzielen .

Kadyrow hatte früher am heutigen Tage eine Überraschung für Banderas und Neonazis angekündigt, die sie dazu bringen werde „sich die Köpfe wegzublasen“.



https://novorosinform.org/content/images/16/12/41612_720x405.jpg

10:40 de.rt.com: **Medienberichte: Polen weist etwa 40 russische Diplomaten wegen angeblicher Spionage aus**

Das polnische Nachrichtenportal Onet berichtete mit Verweis auf Regierungsquellen, dass Warschau rund 40 russische Diplomaten der Spionage beschuldigt und sie daher ausweist. In

dem Medienbericht heißt es:

"Die polnischen Behörden haben beschlossen, etwa 40 russische Diplomaten aus Polen auszuweisen, weil sie Tätigkeiten ausgeübt haben, die mit dem Status eines Diplomaten unvereinbar sind, was in der Sprache der Diplomatie Spionage bedeutet."

Die russische Botschaft hat laut ihrer Website etwas mehr als 50 Diplomaten, die dort arbeiten. Der russische Botschafter in Warschau Sergei Andrejew sei am Mittwochmorgen in dieser Angelegenheit ins polnische Außenministerium einbestellt worden, so Onet. Das Portal schrieb weiter:

"Die Liste der russischen Diplomaten, die nach Angaben der polnischen Behörden auf polnischem Hoheitsgebiet Tätigkeiten ausgeübt haben, die dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen widersprechen, umfasst etwa 40 Personen. Darunter sind auch Mitarbeiter der russischen Botschaft in Warschau."

Laut Stanisław Jarin, dem Sprecher des polnischen Geheimdienstkoordinators, verdächtigt die polnische Agentur für innere Sicherheit mehr als 40 russische Diplomaten der Spionage. Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitierte ihn wie folgt:

"Die Agentur für innere Sicherheit hat eine Liste von 45 identifizierten Personen erstellt, die in Polen unter einer sogenannten diplomatischen Tarnung arbeiten. Dabei handelt es sich um Personen, die zwar unter diplomatischem Status arbeiten, aber tatsächlich nachrichtendienstliche Aktivitäten gegen Polen durchführen. Die Liste, die dem Außenministerium übergeben wurde, enthält Mitarbeiter der russischen Geheimdienste sowie Personen, die mit ihnen zusammenarbeiten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623aea3ab480cc7c5928a779.jpg>

12:43 (10:43) novorosinform.org: **Der Eintritt von NATO-Friedenstruppen in die Ukraine würde zu einem direkten Zusammenstoß mit Russland führen – Lawrow**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte, die Entsendung von NATO-Friedenstruppen sei nicht wünschenswert, da dies zu einem direkten Zusammenstoß zwischen der NATO und den russischen Streitkräften führen könne.

Lawrow sprach darüber während einer Rede bei MGIMO, informiert TASS.

„Ich hoffe, sie verstehen, worum es geht. Das würde der sehr direkte Zusammenstoß zwischen den russischen und den NATO-Streitkräften sein, den alle nicht nur vermeiden wollten, sondern sagten, dass er im Prinzip niemals stattfinden sollte“, sagte Lawrow .

Er stellte klar, dass solche Informationen von polnischer Seite aufgetaucht seien und dass während des NATO-Gipfels über die Entsendung von Friedenstruppen der Allianz in die Ukraine entschieden werden solle.



https://novorosinform.org/content/images/16/13/41613_720x405.jpg

12:52 (10:52) rusvesna.su: **Schockierende Zahlen: Fast 300 Soldaten wurden bei einem Angriff auf die 79. Brigade der Streitkräfte der Ukraine getötet**

Der ukrainische Medienexperte Anatoli Sharij gab schockierende Zahlen der Verluste der ukrainischen Armee bekannt. Ihm zufolge wurden an nur einem Tag infolge eines Angriffs auf die Kaserne der 79. Luftangriffsbrigade in Nikolaew 294 Soldaten der Streitkräfte der Ukraine vernichtet.

Sharij kündigte während des [Streams](#) seine Absicht an, die Namen der Toten zu veröffentlichen.

„Ich denke darüber nach, Daten über den Tod des Militärs (an) einem Tag in der Region Nikolaew zu veröffentlichen. Denn in der Tat gibt es viele Verluste, aber darüber wird nicht gesprochen.

Andererseits drängt mich zur Veröffentlichung, dass es Nachnamen, Vornamen und Geburtsdaten gibt. Und es ist gut möglich, dass dies für die Angehörigen dieser Verstorbenen sehr, sehr wichtig ist“, erklärte der ukrainische Journalist.

Wir erinnern daran, dass „Russkaja Vwsna“ wiederholt über die Gräueltaten der Streitkräfte der Ukraine von der 79. Brigade während der Strafoperation Kiews im Donbass berichtet hat.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/vsu_ranenie_nosilki.jpg

12:56 (10:56) novorosinform.org: **Die Ukrainer wollen nicht kämpfen, die Mobilisierung der Streitkräfte der Ukraine ist gestört – Quelle**

Ein erfolgloser Versuch einer Gegenoffensive in der Gegend von Butscha und Gostomel endete mit enormen Verlusten des Personals der Nationalgarde der Ukraine, und die "Hilfe"

aus der Westukraine wurde in der Region Schitomir von russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräften zerstört.

Der Insider-Telegrammkanal "Notizen eines Abenteurers" schreibt über die erheblichen Personalprobleme des Generalstabs der Ukraine.

Nach Angaben der Autoren wurde von den Streitkräften der Nationalgarde mehr als die Hälfte außer Gefecht gesetzt.

„Es gibt keinen Ort, an dem man Reserven aufnehmen kann, Männer aus der Westukraine stürmen nicht in die Schlacht, die Mobilisierung ist dort unterbrochen, und in der Region Schitomir wurden bei der Annäherung an Kiew diejenigen zerstört, die zumindest irgendwie in der Hauptstadt helfen könnten“, heißt es in der Nachricht.

Es wird vorgeschlagen, dass der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij diese Woche mit aller Kraft versuchen sollte, einen Waffenstillstand zu schließen, da die Streitkräfte der Ukraine wirklich eine Atempause brauchten.

Zuvor hatte heute Leiter der Kiewer Division des nationalen Bataillons „Asow“ die Diplomaten der EU, der USA und des Vereinigten Königreichs aufgefordert, sich ihren Reihen anzuschließen und den Nationalisten in dieser schwierigen Situation dringend mit Waffen zu helfen.



https://novorosinform.org/content/images/16/14/41614_720x405.jpg

11:00 de.rt.com: **Selenskij über Friedensverhandlungen: Schwierig und teils skandalös**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat die Friedensverhandlungen mit Russland als "sehr schwierig" bezeichnet. In einer in der Nacht zum Mittwoch verbreiteten Videoansprache erklärte er:

"Sie sind sehr schwierig, manchmal skandalös, aber wir bewegen uns Schritt für Schritt vorwärts."

Die Vertreter der Ukraine seien tagtäglich bei den Verhandlungen unermüdlich im Einsatz, und er fügte hinzu:

"Ausruhen können wir uns, wenn wir gewonnen haben."

Gleichzeitig bedankte sich Selenskij bei all jenen Kräften in der Welt, die sein Land unterstützten.

Zugleich erhoffe sich der ukrainische Staatschef weitere Unterstützung durch die drei in dieser Wochen geplanten Gipfeltreffen der G7, der NATO und der EU. Er erwarte weitere Sanktionen gegen Russland und neue Hilfe für die Ukraine. Selenskij will sich unter anderem am Donnerstag zu dem außerordentlichen NATO-Gipfel per Videokonferenz zuschalten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623ad59bb480cc1796563f4e.jpg>

11:55 de.rt.com: **Russischer Veranstalter wirbt mit Reisen nach Usbekistan, um Visa- und Mastercard-Karten zu erhalten**

Nachdem sich Visa und Mastercard aus Russland zurückgezogen haben, suchen zahlreiche Russen nach neuen Wegen, um im Ausland weiterhin Zahlungen zu tätigen. Ein Reiseveranstalter bietet nun Kurztrips nach Usbekistan an. Dort werden Plastikkarten, die außerhalb Russlands funktionieren, in wenigen Tagen ausgestellt.

Harte Zeiten erfordern schlaue Lösungen. So wirbt ein russischer Reiseveranstalter derzeit mit dreitägigen Trips nach Usbekistan, wo russische Bürger die Möglichkeit haben, Visa- und Mastercard-Kreditkarten zu bestellen. Laut Informationen des Veranstalters Vedi gestalten die Touristen am Anreisetag ihre Freizeit selbst. Am zweiten Tag steht ihnen ein Transfer zur Bank zur Verfügung, wo sie die ersehnte Plastikkarte beantragen und erhalten. Darauf folgt eine Tour durch die Hauptstadt Taschkent. Am dritten Tag werden die Reisenden wieder zum Flughafen gebracht.

Wegen des Einmarsches in die Ukraine hatten die drei weltgrößten Kreditkartenanbieter Visa, Mastercard und American Express ihre Geschäfte mit Russland ausgesetzt. Derzeit können russische Kunden mit von russischen Banken ausgestellten Visa-, Mastercard- oder American-Express-Kreditkarten nur noch in Russland bezahlen. Karten, die bei nichtrussischen Banken ausgestellt wurden, funktionieren nicht mehr in Russland. Auch Online-Dienste, Hotelbuchungen und Apps können mit von russischen Banken ausgestellten Karten nicht mehr im Ausland bezahlt werden.

Mit in Usbekistan ausgestellten Karten können russische Kunden dann wieder im Ausland ohne Hindernisse Zahlungen tätigen. Für den Antrag sind ein Reisepass und eine lokale SIM-Karte erforderlich. Wie viele Interessenten das Angebot nutzen werden, ist jedoch unklar. Die Tour ist derzeit ab 23.000 Rubel (rund 200 Euro) buchbar, Flugtickets sind nicht im Preis inbegriffen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623af54948fbef62d5431f64.jpg>

nachmittags:

12:03 de.rt.com: Kremlsprecher Peskow zu CNN: Russland würde nur bei existenzieller Gefahr Atomwaffen einsetzen

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow hat dem US-Sender CNN ein Interview gegeben. Ihm zufolge verlaufe der Militäreinsatz in der Ukraine planmäßig. Es habe niemand erwartet, dass er lediglich "ein paar Tage" dauern würde.

Der russische Militäreinsatz in der Ukraine verlaufe nach Einschätzung des Kremlsprechers Dmitri Peskow "streng nach Plan" und entspreche den im Vorhinein festgelegten Zielen, sagte Peskow zu Christiane Amanpour am Dienstag auf Englisch. Auf ihre Frage, was schiefgelaufen sei, da der Einsatz Berichten zufolge nur wenige Tage dauern sollte, sagte Peskow: "Von Anfang an hat niemand erwartet, dass er nur ein paar Tage dauern würde. Es ist ein ernster Einsatz mit ernsten Zielen". Ihm zufolge habe Russland bis zum Schluss gehofft, dass die Ukraine auf eine Offensive im Donbass verzichten würde. Schließlich sei es aber klar geworden, dass die Ukraine diesen Schritt unternehmen würde.

Auf die Frage, was Präsident Wladimir Putin in der Ukraine bislang erreicht habe, sagte Peskow, dass die Ziele "noch nicht" erreicht seien. Seine Hauptziele seien die Sicherstellung der Ukraine als ein neutrales Land, die Vernichtung "nationalistischer Bataillone" sowie die Einsicht in Kiew, dass die Halbinsel Krim nun ein "unverrückbarer Teil Russlands" sei. Außerdem müsse die Ukraine anerkennen, dass die Volksrepubliken Donezk und Lugansk nun "unabhängige Staaten" seien.

Dass Putin angeblich wütend auf die Ukrainer sei, entspreche nicht der Wahrheit, so Peskow. Weder der Präsident noch irgendjemand in Russland sei wütend auf das ukrainische Volk. Putin sei wütend auf Menschen, die die Ukraine zu einem NATO-Mitglied machen wollen, die "Nazi-Symbole tragen" und die die russische Sprache verbieten.

In dem Interview schloss der Sprecher des Präsidenten nicht explizit aus, dass Russland den Einsatz von Atomwaffen jemals in Betracht ziehen könnte. Moskau könnte Atomwaffen einsetzen, aber nur dann, wenn eine "existenzielle Bedrohung" des Landes bestehe. Putin hatte im Februar in einer im Fernsehen übertragenen Erklärung gefordert, die Abschreckungswaffen Russlands in erhöhte Alarmbereitschaft zu versetzen. Viele nahmen seine Worte als Drohung, tatsächlich Atomwaffen einsetzen zu wollen.

Zudem erklärte Peskow, dass Russland entgegen zahlreichen Berichten über angebliche Luftangriffe auf zivile Ziele nur die militärische Infrastruktur der Ukraine zerstöre. Nach seinen Angaben gebe es auch durchaus Ukrainer, die mit dem russischen Militär kooperieren.

"Es gibt Ukrainer, die mit unserem Militär zusammenarbeiten. Es gibt Ukrainer, die jegliche Verluste vermeiden wollen", sagte Peskow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623ae050b480cc7c5a23a941.jpg>

12:43 de.rt.com: **"Was hat Marx getan?" – US-Universität benennt wegen Ukraine-Krieges Studierzimmer um**

Die "Ächtung" von allem, was auch nur im entferntesten mit Russland in Verbindung gebracht werden kann, nimmt mittlerweile absurde Züge an. Nun benannte die Universität von Florida eines ihrer Studierzimmer um – es soll nicht mehr nach Karl Marx benannt werden.

Die Universität von Florida mit Sitz in Gainesville hat beschlossen, eines ihrer Studierzimmer nicht mehr nach Karl Marx zu benennen. Damit will die Universität auf den Krieg in der Ukraine reagieren.

Der ehemalige "Karl Marx Group Study Room 229" bietet Platz für zwei bis zwölf Studenten in der Bibliothek West der George A. Smathers Bibliotheken auf dem Campus der Universität. Eine Inschrift, die unter dem Marx-Namensschild angebracht war, bezeichnete Marx als "Philosophen, radikalen Ökonomen und revolutionären Kritiker". Doch damit ist es nun vorbei.

Wie die Online-Plattform Campus Report berichtete, tragen auch andere Räume der Universität ebenfalls Namen von Persönlichkeiten aus Literatur, Politik, Philosophie und Wissenschaft. Darunter Benjamin Franklin, Frederick Douglas, Martin Luther King Jr., Jane Austen, William Shakespeare, F. Scott Fitzgerald, Ernest Hemingway, Mahatma Gandhi, Zora Neale Hurston, James Baldwin, Abraham H. Maslow, Albert Camus, Michel Foucault und Margaret Mead.

Steve Orlando, Sprecher der Universität von Florida, sagte gegenüber dem US-Nachrichtenmagazin Newsweek:

"Angesichts der aktuellen Ereignisse in der Ukraine und anderswo in der Welt haben wir entschieden, dass es angemessen ist, den Namen von Karl Marx zu entfernen, der 2014 an einem Gruppenarbeitsraum an der Universität von Florida angebracht wurde."

Eine Entscheidung, die auf Twitter auf Verwunderung sorgte. Schließlich war Karl Marx gebürtiger Deutscher, streng genommen sogar Preuße. Marx wurde 1818 im damaligen preußischen Trier geboren, wo er von 1830 das Gymnasium zu Trier besuchte, bevor er 1835 zum Studium der Rechtswissenschaften und der Kameralistik nach Bonn wechselte.

Ein Twitter-Nutzer schrieb verwundert:

"Die Universität von Florida hat beschlossen, einen Raum in einer der Bibliotheken aufgrund der Invasion in der Ukraine nicht mehr Karl-Marx-Lesesaal zu nennen... Lassen Sie es einen Moment auf sich wirken, wenn Sie sich nicht sofort fragen, welche Art von 'höherer Bildung' hier stattfindet."

Ein weiterer Twitter-Nutzer fragte sich, was Marx denn im Zusammenhang mit dem Krieg in

der Ukraine verbrochen hat:

"Die Universität von Florida hat gerade den Autor des Kommunistischen Manifests, Karl Marx, aus ihrer Bibliothek entfernt [...] Sie behaupteten, die Entscheidung sei als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine getroffen worden. Was hat Marx getan? Er war Deutscher und nicht einmal im Entferntesten Russe. Lesen Amerikaner?"



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623aeab748fbef63c57c5a86.jpg>

14:46 (12:46) rusvesna.su: **Angriff mit „Phosphorbomben“: Die Bevölkerung von Kiew erschrak wegen der „Kronleuchter“**

Die ukrainische Propaganda verbreitet eine neue Fälschung über „Phosphormunition“, die die russische Armee angeblich gegen Kiew eingesetzt habe.

Es geht um [Videoframes und zwei Fotos](#). Das erste Foto zeigt den tatsächlichen Einsatz von Phosphormunition durch die US-Armee im syrischen Raqqa.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/eRnzRL-iDNoIZOm4vyWr63tRTPdsBQ1KdyHp_36Am3ePVz1dKCTKDZQCtuyrQDOQzx6HjQxDK8784IMn5OmirZ50tmcOleKpdF42ReAlfWyhNXNuly5LZ46FI8doarsEUGcYKZ_GMEhvbPLuDb9Vc2SDwWLzpCQarHpnkpx5TNsXkH6AvZ8-M1QaSQYzuUROxWRDT86cbuHzkXCACpr1H64CRjwUmvBPTfbeJG3hHQT3PPelt1sVsQrcCLSRHNdhAgkUA2DY50bT4j7DY8Jnmzd2lx7VkJHyBKoSqUVI9mirgpNdoJs4YDuPHL

[epIcIHHk_F4hTyOl_GWzumZiZHJtQ.jpg](#)

Beim Vergleich der Bilder aus Syrien und der Ukraine und bei der geringsten Bekanntheit mit militärischen Angelegenheiten wird deutlich, dass es sich bei der Spezialoperation in der Ukraine um den Einsatz von Zündmunition handelt, vulgär – „Kronleuchter“.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/qj-Sap_YL9T_UBuoEj6NzVHWWGFIzrcfIC0bZg3CFcA_3wMpdIZnSm9eOyzgY73kdNpeAuSTqlV8KPCI4jTs-nJ4MqjwJ47LfCAct-fpzbnqkWa_0E-9RrC-2wAKsQ6v9foN5lP1MQk6lXr_UgTXR0kz_KP0lwxl_msVCdyMv-EPPYbAxapxGAQTpcf_znmi4SYbkNdogyig5aFfCIcscW28TwZKwc-QWN4AEex23A_Nrt3Lq5UrWOe1N2LazSlqjAYEuSfV9MyvE0Q3RuGDm4Q1W4QMKaI-3zFfRbKSab4TC4MR2k0o_dm9WUzF7rWjWLQfsUqQ2eLERqwQvQTO.jpg

Dies wird durch den langsamen Abfall und allmählichen Anstieg der Helligkeit der Verbrennung angezeigt.

Phosphormunition hat eine ziemlich hohe Geschwindigkeit und fliegt von einem Punkt aus schräg. Zahlreiche Beispiele für den Einsatz solcher Munition im Nahen Osten sind im Internet leicht zu finden.

13:08 de.rt.com: **Mexikos Präsident weist mit Blick auf US-Hilfe für Ukraine auf Flüchtlingskrise in Mittelamerika hin**

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador zeigt sich davon überrascht, wie schnell der US-Kongress Hilfen für die Ukraine genehmigt hat. Dabei kritisiert der Politiker, dass die Zentralamerika zugesprochene Unterstützung nach vier Jahren noch immer nicht da ist.

Der mexikanische Staatschef Andrés Manuel López Obrador hat am 22. März die USA wegen des schleppenden Tempos bei der Bekämpfung der Migrationskrise in Mittelamerika kritisiert. Auf seiner Pressekonferenz am Dienstagmorgen zeigte er sich von dem Umfang der US-Hilfe für die Ukraine und von der Schnelligkeit überrascht, mit der sie im US-Kongress genehmigt worden war.

"Die USA haben eben Hilfsmittel für die Ukraine genehmigt und das ist gut so. Sie haben sie beschlossen, weil dies ihre Politik zum Schutz der Ukraine ist. Ich glaube, der US-Kongress hat diese Hilfe binnen zweier Tage genehmigt. Dabei wird die Hilfe für unsere mittelamerikanischen Brüder seit rund vier Jahren nicht genehmigt."

López Obrador erklärte zugleich, seine Regierung habe in ihren Kontakten mit US-Amtsträgern auf einer Kooperation bei der Entwicklung der Region bestanden. Man habe die USA darauf aufmerksam gemacht, dass sie El Salvador, Honduras und Guatemala unterstützen sollten. Der mexikanische Präsident plädierte erneut dafür, "Menschen, die aus Armut emigrieren müssen", unter die Arme zu greifen. Der Politiker wiederholte seinen Appell an Washington, sich der Finanzierung von zwei mexikanischen Programmen anzuschließen, die der Bevölkerung vor Ort Alternativen anbieten und somit die Migration reduzieren sollen.

Wandel in Migrationspolitik

López Obrador erklärte, dass die USA ihre bisherige Migrationspolitik ändern müssten. So sollte der US-Kongress mit einer Reform vorankommen, um die Situation von "mehr als zehn Millionen Mexikanern, die in den USA redlich leben und arbeiten" zu regeln.

"Warum stockt diese Initiative im US-Kongress? Ist sie etwa unwichtig? Warum werden die Mittel für Mittelamerika nicht genehmigt?"

Der Präsident betonte dabei, dass die erforderlichen Mittel für arme karibische und mittelamerikanische Länder viel geringer als die genehmigten für die Ukraine seien.

Am 16. März hatte US-Präsident Joe Biden ein neues Hilfspaket für die Ukraine im Wert von etwa 800 Millionen US-Dollar angekündigt. Die Entscheidung kam nach einer zuvor angekündigten Militärhilfe an Kiew in Höhe von rund 200 Millionen US-Dollar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623af65548fbef666e06e973.jpg>

14:05 de.rt.com: Polen weist wegen Spionage-Vorwürfen 45 russische Diplomaten aus – Moskau warnt vor Antwort

Polen hat die Ausweisung von 45 russischen Diplomaten verkündet. Warschau bezichtigt sie, unter Berufung auf Berichte der Nachrichtendienste, einer Spionagetätigkeit. Moskau nennt die Vorwürfe "unbegründet" und will auf den Schritt mit symmetrischen Maßnahmen reagieren.

Polen will 45 russische Diplomaten des Landes verweisen. Der russische Botschafter in Warschau, Sergei Andrejew, hat am Mittwoch den Empfang der entsprechenden Benachrichtigung bestätigt. Er teilte mit, dass die Diplomaten Polen demnach zu unterschiedlichen Fristen, aber nicht später als in fünf Tagen verlassen sollen.

Andrejew dementierte, dass der Schritt einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und Russland bedeute. Er unterstrich jedoch, dass Moskau gemäß dem Gegenseitigkeitsprinzip mit einer Ausweisung von polnischen Diplomaten antworten werde.

Zudem wies er die Vorwürfe der polnischen Seite als "unbegründet" zurück.

Zuvor hatte auch der Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärt, die Handlungen Polens würden "nicht unbeantwortet" bleiben. Damit kommentierte er gegenüber Journalisten Informationen in den Medien, dass Polen diesen Schritt plane. Es hieß, die Regierung in Warschau berufe sich dabei auf Berichte der polnischen Nachrichtendienste, laut denen die Diplomaten sich angeblich einer Spionagetätigkeit schuldig gemacht hätten.

Das polnische Außenministerium bestätigte ebenfalls, dass die Maßnahme keinen Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeute. Es teilte zudem mit, die Entscheidung sei nach einer Abstimmung der Handlungen mit den "Verbündeten" getroffen worden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b01e148fbef666e06e98a.jpg>

Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik führte in Lugansk ein Treffen mit den Leitern der Verwaltungen der von den Kiewer Truppen befreiten Territorien der Republik durch.

„Zu den Territorien, die bis zum 24. Februar zur Republik gehörten, sind weitere 10 hinzugekommen. Wir stellen jetzt fest, wo wir uns derzeit befinden, was schon getan wurde, was getan werden muss, welche Probleme vorhanden sind und wie wir die Probleme lösen werden, um einen möglichst schnellen und glatten Übergang der befreiten Territorien in ein friedliches Leben zu gewährleisten“, sagte das Republikoberhaupt.

Er unterstrich, dass dies nur in gemeinsamen Anstrengungen möglich ist.

„Wenn wir auf unser Land kommen, bringen wir Frieden und Schaffen, kommen mit offenen Händen und Herzen, ohne Steine in der Seele und ohne Messer in der Tasche. Wir kommen zu unseren Menschen und hoffen sehr, dass wir unsere Territorien mit allem notwendigen für ein möglichst bequemes Leben auf unseren Territorien versorgen“, fügte Pasetschnik hinzu.

Zur Registrierung von Betrieben in den befreiten Territorien, werden Mitarbeiter der Verwaltung die Ortschaften besuchen.

Ein einheitliches System für die Rentenzahlungen in den befreiten Gebieten wird erarbeitet werden.

14:10 de.rt.com: Russland und Ukraine führen zwei Gefangenenaustausche durch

Russland und die Ukraine haben bereits zweimal Gefangene ausgetauscht. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa. Sie sagte dies in ihrer Antwort auf eine Anfrage von Journalisten, sich zu den Erklärungen des Chefs der EU-Diplomatie, Josep Borrell, zu äußern, die dieser nach einem gemeinsamen Treffen der EU-Außen- und Verteidigungsminister am 21. März abgegeben hatte.

Sacharowa wies darauf hin, dass Europa nicht die "richtigen Schlüsse" aus den Folgen der Angriffe der USA und deren Verbündeten auf Jugoslawien, den Irak und Libyen gezogen

habe, indem sie den UN-Sicherheitsrat umgangen haben. Die Sprecherin des Außenministeriums betonte, das Problem liege in dem "überwältigenden Wunsch Brüssels (und Washingtons dahinter), sich in die Angelegenheiten souveräner Nachbarländer einzumischen".

Nun beschuldige der Westen Russland, Flüchtlinge aus der Ukraine in die EU schicken zu wollen und damit ein Druckmittel zu schaffen, fuhr Sacharowa fort und betonte, dass es die Kiewer Behörden seien, die die Zivilbevölkerung an der Evakuierung nach Russland hindern und sie gewaltsam in den Westen "treiben". Sie erklärte:

"Gleichzeitig organisiert das russische Verteidigungsministerium täglich humanitäre Korridore und die Evakuierung von Zivilisten aus bewohnten Gebieten. Darüber hinaus haben zwei Gefangenenaustausche zwischen Russland und der Ukraine stattgefunden. Die EU hingegen unternimmt nichts, um Kiew zu beeinflussen, damit ukrainische Nationalisten Zivilisten nicht als 'menschliche Schutzschilde' verwenden und ihren Zugang zu Russland blockieren."

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums betonte, dass sich die EU nie für Russen und russischsprachige Einwohner europäischer Länder eingesetzt hätte, die dort Opfer von politisch motivierter häuslicher Gewalt wurden.

Am 21. März hatte die russische Ombudsfrau Tatjana Moskalkowa erklärt, dass im Rahmen des ersten Gefangenenaustauschs neun Personen an die ukrainische Seite übergeben worden seien, darunter auch der Bürgermeister von Melitopol.

Die stellvertretende ukrainische Ministerpräsidentin Irina Wereschtschuk erklärte ihrerseits gegenüber dem ukrainischen Dienst der BBC, die Behauptungen der russischen Behörden seien unwahr. Sie teilte mit:

"Bis jetzt haben wir noch keinen Austausch vorgenommen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b06ffb480cc143c14d648.jpg>

14:14 de.rt.com: **Putin: Russisches Gas nur noch gegen Rubel**

Wie die Agentur TASS meldet, hat der russische Präsident Wladimir Putin angewiesen, Gas an "unfreundliche Länder" nur gegen Rubel zu liefern. Zahlungen für Erdgaslieferungen "in kompromittierten Währungen", einschließlich Dollar und Euro, werden nicht mehr akzeptiert. Wie die russische Nachrichtenagentur weiter schreibt, erklärte der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit der Regierung am Mittwoch:

"Ich habe beschlossen, in kürzester Zeit eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, um die Bezahlung – lassen Sie uns damit beginnen – für unser Erdgas, das wir an die sogenannten unfreundlichen Länder liefern, in russische Rubel umzuwandeln."

So sei geplant, alle kompromittierten Währungen bei solchen Zahlungen abzulehnen.

Der russische Präsident wies darauf hin, dass Russland weiterhin Gas in andere Länder liefern werde, und zwar zu den Mengen und Preisen, die in den früher geschlossenen Verträgen

festgelegt seien:

"Ich möchte gesondert betonen, dass Russland auf jeden Fall weiterhin Erdgas zu den Mengen und Preisen liefern wird, die in den früher geschlossenen Verträgen festgelegt wurden."

Der Präsident fügte hinzu, dass ausländische Verbraucher in der Lage sein sollten, die notwendigen Transaktionen durchzuführen, nachdem die Zahlungen für russische Gaslieferungen an unfreundliche Länder auf Rubel umgestellt worden sind. Der Staatschef unterstrich, dass sich die künftigen Änderungen der Gasverträge mit unfreundlichen Ländern nur auf die Zahlungswährung auswirken würden.

"Ich fordere die Regierung auf, Gazprom eine entsprechende Anweisung zu geben, die bestehenden Verträge zu ändern. Gleichzeitig sollte allen ausländischen Verbrauchern die Möglichkeit gegeben werden, die notwendigen Transaktionen durchzuführen", ordnete Putin an.

Laut dpa sind von der Anordnung des russischen Präsidenten die auf einer schwarzen Liste festgehaltenen "unfreundlichen Staaten" betroffen. Dazu gehören Deutschland und alle anderen EU-Staaten, aber zum Beispiel auch die USA, Kanada und Großbritannien. Die Ankündigung sorgte prompt für eine Stärkung der russischen Währung, die aktuell massiv unter Druck steht.

Die Zentralbank und die russische Regierung hätten nun eine Woche Zeit, die Modalitäten für die Umstellung von Devisen- auf Rubelzahlungen festzulegen, sagte Putin. Der Westen habe selbst seine Währungen entwertet, indem russische Aktiva im Ausland eingefroren worden seien.

Als Reaktion auf die Sanktionen des Westens hatte Russlands Regierung bereits Anfang des Monats beschlossen, dass eigene finanzielle Verpflichtungen "bei unfreundlichen Staaten" nur noch in Rubel beglichen werden. Dazu zählen auch die Ukraine, die Schweiz und Japan.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b21fcb480cc7d0b395bf7.jpg>

14:37 de.rt.com: "Es gilt nun mal Kriegsrecht" – EU hat kein Problem mit Verbot von Oppositionsparteien in Ukraine

Laut der Online-Plattform "lostineu.eu" hat die EU-Kommission offenbar kein Problem mit dem Verbot der wichtigsten Oppositionsparteien in der Ukraine. Es gelte nun mal Kriegsrecht, zitiert die Plattform den Sprecher von Kommissionschefin von der Leyen.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij "suspendierte" elf Parteien, weil sie angeblich prorussisch eingestellt sind. Darunter auch die "Oppositionsplattform für das Leben", die bei der letzten Wahl im Jahr 2019 mit 13 Prozent der Stimmen das zweitstärkste Ergebnis erzielt hatte.

Laut der Online-Plattform lostineu.eu erklärte der Chefsprecher der EU-Kommission diesbezüglich, es gelte nun mal Kriegsrecht in der Ukraine. Dies seien "außergewöhnliche Umstände". Lostineu.eu zufolge verteidigte auch der Sprecher des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell das Verbot. Jetzt sei "nicht die richtige Zeit", um über dieses Thema zu

sprechen, zitiert die Online-Plattform den Sprecher. Die Ukraine habe eine "legitime Regierung" und genieße die uneingeschränkte Unterstützung der EU. Wer das anders sehe und von Repression spreche, "wiederholt russische Propaganda", so der Sprecher des EU-Außenbeauftragten laut lostineu.eu.

Die Opposition im ukrainischen Parlament hatte das Betätigungsverbot für als "anti-ukrainisch" bezeichnete Parteien während des Kriegsrechts als illegal bezeichnet. Es sei ein Versuch, mit frei erfundenen Vorwürfen den politischen "Hauptgegner" zu beseitigen, teilte die Oppositionsplattform für das Leben am Sonntag in Kiew mit. Die Partei rief ihre Abgeordneten auf, trotz des Verbots ihre Arbeit fortzusetzen. "Wir werden alle rechtswidrigen Entscheidungen anfechten." Die zweitgrößte Fraktion der Werchowna Rada, des Parlaments der Ukraine, stellt 44 der derzeit 423 Abgeordneten.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte in einem Video zur Begründung und mit Blick auf die Parteien in der Ukraine gesagt:

"Jegliche Aktivität von Politikern, die auf eine Spaltung oder Kollaboration abzielt, wird keinen Erfolg haben, sondern eine harte Antwort erhalten."

Insgesamt war per Erlass elf Parteien die politische Betätigung verboten worden. In einem weiteren Dekret ordnete Selenskij an, dass alle TV-Sender mit Nachrichtenanteil vorerst nur noch ein Einheitsprogramm zeigen dürfen. Der Großteil der landesweiten Sender hatte sich bereits kurz nach Kriegsbeginn zusammengeschlossen und ein gemeinsames Programm ausgestrahlt, das auch von mehreren Radiosendern übertragen wird.

Parallel dazu setzte der ukrainische Geheimdienst SBU die Festnahmen von Politologen und Journalisten mit abweichenden Meinungen fort. Am Sonntag wurde die Festnahme des Odessaer Journalisten Jurij Tkatschow bekannt. Vorher war bereits unter anderem der Kiewer Politologe Dmytro Dschanhirow festgenommen worden. Offiziell gab es bisher keine Begründung für das Vorgehen der Behörden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b1521b480cc7c5928a7b6.jpg>

15:25 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk: 61 Zivilisten innerhalb von 34 Tagen durch Beschuss aus Ukraine getötet**

Nach Angaben der Volksrepublik Donezk sind seit dem Beginn der Eskalation im Donbass am 17. Februar 61 Zivilisten durch Beschuss aus der Ukraine getötet worden. Weitere 414 friedliche Einwohner, darunter 33 Kinder, erlitten demnach Verletzungen. Allein gestern wurden 33 Zivilisten verletzt.

Darüber hinaus zählten die Donezker Behörden 15.676 Geschosse, darunter 20 Raketen des Typs "Totschka-U" und 1.147 Raketen des Typs "Grad", die die ukrainischen Kräfte in den vergangenen 34 Tagen auf das Territorium der Volksrepublik abgefeuert hatten. Wie aus dem Gemeinsamen Koordinierungs- und Kontrollzentrum für Waffenstillstand am 23. März

[verlautete](#), nehme die Ukraine am stärksten drei Richtungen unter Beschuss: Gorlowka, Donezk und Mariupol.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b164cb480cc7d6b445845.jpg>

16:24 de.rt.com: **Ukraine unterstellt Ungarn territoriale Ansprüche**

Die ukrainische Vize-Regierungschefin Irina Wereschtschuk hat Ungarns "pro-russische" Rhetorik kritisiert und darauf hingewiesen, dass hinter den Aussagen aus Budapest der Wunsch nach "billigem russischem Gas" oder sogar mögliche territoriale Ansprüche stecken könnten.

Die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine kritisierte das freundschaftliche Verhältnis Ungarns zu Russland. Irina Wereschtschuk schrieb auf Facebook, dass sich nicht einmal Länder der ehemaligen UdSSR so verhalten, wie es die ungarischen Behörden tun: "Nicht einmal die Satellitenstaaten Russlands in der ehemaligen Sowjetunion verhalten sich so wie heute die ungarische Regierung. Was soll das? Wollen sie billiges russisches Gas? Oder wollen sie vielleicht unser Transkarpatien?"

Budapest habe die westlichen Sanktionen gegen Moskau nicht unterstützt und sich geweigert, Waffenlieferungen an die Ukraine über ungarisches Territorium zuzulassen, bemängelte die Politikerin. "Sie sagen zu fast allem 'nein'. Kaum etwas unterscheidet die Rhetorik des offiziellen Budapest von der pro-russischen Position", so Wereschtschuk. Sie schrieb, Budapest solle "sich der zivilisierten Welt anschließen" und "die Fehler des Zweiten Weltkriegs nicht wiederholen". Anfangs sei es immer schwer, die richtige Wahl zu treffen, doch es sei einfacher, in Zukunft damit zu leben.

Obwohl die ungarische Regierung den Angriff Moskaus auf die Ukraine verurteilt und einige Sanktionen unterstützt hat, verteidigt sie konsequent den Wunsch, sich aus dem Konflikt herauszuhalten. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sagte am Dienstag, er wolle mit dem Krieg nichts zu tun haben. Ungarn sei nur eine Figur auf dem Schachbrett der Großmächte. Außenminister Peter Szijjarto betonte, sein Land werde keine Sanktionen gegen Russland unterstützen, die Ungarns Interessen schaden könnten. Budapest sei zudem gegen die Vorschläge, NATO-Soldaten in die Ukraine zu schicken oder eine Flugverbotszone über dem Land einzurichten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b180db480cc7d6b44584b.jpg>

16:30 de.rt.com: **Bloomberg: EU billigt Abkommen mit Ukraine über Weitergabe sensibler Daten**

Die Europäische Union hat ein Abkommen mit der Ukraine gebilligt, das es ihr erlaubt, geheimes Material der Union an Kiew zu übergeben. Dies berichtete Bloomberg am 23. März unter Berufung auf Quellen. Die Veröffentlichung sagte:

"Die EU hat ein Abkommen mit der Ukraine gebilligt, das es der EU ermöglicht, sensible Informationen, wie z. B. Satellitenbilder, mit Kiew zu teilen."

Nach Angaben der Nachrichtenagentur wird die Vereinbarung für ein Jahr gelten, danach ist eine Verlängerung möglich.

Am 15. März forderte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki die EU auf, der Ukraine so schnell wie möglich den Status eines Kandidaten für die Organisation zu verleihen. Er betonte auch, dass Kiew Waffen für seine Verteidigung erhalten solle und dass die EU-Länder versuchen sollten, Waffen "aus der ganzen Welt" zu liefern.

Zuvor, am 11. März, hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij erklärt, die jüngsten Maßnahmen der EU entsprächen nicht den Erwartungen Kiews. Er äußerte die Hoffnung, dass die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten die Aufnahme der Ukraine in die Gemeinschaft unterstützt.

Der ukrainische Staatschef sprach bei einem Briefing am 28. Februar von der Notwendigkeit eines sofortigen Beitritts zum Bündnis und bat um eine Mitgliedschaft im Rahmen eines neuen Sonderverfahrens. Am selben Tag unterzeichnete Selenskij einen Antrag auf Mitgliedschaft des Landes in der EU.

16:55 de.rt.com: **US-Botschafter bei der NATO bekräftigt: keine US-Truppen in die Ukraine**

Wie TASS meldet, wirft der von Polen eingebrachte Vorschlag, sogenannte "NATO-Friedenstruppen" in die Ukraine zu entsenden, Fragen auf. Dies habe der US-Botschafter bei der NATO erklärt. Er versicherte außerdem, die USA würden keine eigenen Truppen in die Ukraine schicken.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 23. März 2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben den Bereich und die Qualität der Mobilfunkverbindung in Wolnowacha verbessert. Es wird 4G-Ausrüstung montiert, die die Bevölkerung mit schnellem Internet versorgt. Es läuft die Montage von Mobilfunkausrüstung in Wolodarskoje.

In Wolnowacha gehen die Arbeiten zur Reparatur der Magistrale „Donezk-Wolnowacha-Mariupol“ im Gebiet des Fernsehsenders zu Ende. Die Inbetriebnahme der Fernseh- und Radioausstrahlung wird vorbereitet.

In Donskoje, Kalinino, Kamenka und Tschermalyk haben 332 Menschen Renten und 85 Sozialzahlungen erhalten.

Spezialisten des Gesundheitsministeriums der DVR haben in den befreiten Ortschaften in den letzten 24 Stunden 323 Patienten empfangen, alle erhielten qualifizierte medizinische Hilfe, zwei weitere medizinische Einrichtungen wurden mit den notwendigen Medikamenten versorgt.

In Staroignatjewka wurde ein Reservestromgenerator installiert.

Spezialisten des Verkehrsministeriums der DVR haben Schlaglöcher auf der Straße zwischen Staromarjewka und Granitnoje beseitigt, bei Oktjabrj und Pischtschewik laufen Reparaturarbeiten.

Spezialisten der **Donezker Eisenbahn** haben zahlreiche Schäden an der Infrastruktur des Aufnahmebahnhofs gefunden, es wurden explosive Objekte entdeckt. Die Eisenbahnverbindung wurde wieder in Betrieb genommen. Es wurden 120 Bewerbungsunterlagen von Personen angenommen, die dort arbeiten wollen.

Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR haben 35,52 Hektar in den befreiten Territorien der Republik, 27.000 Quadratmeter Gebäude untersucht. 1052 explosive Objekte wurden entschärft. In Mangusch und Wolnowacha wurde humanitäre Hilfe ausgegeben. Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und Bedarfe der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:20 de.rt.com: **Weißrussland weist ukrainische Diplomaten aus**

Die Regierung in Minsk weist fast alle ukrainischen Diplomaten aus dem Land aus. Wie der Sprecher des weißrussischen Außenministeriums Anatoli Glas erklärte, seien die Vertreter des Nachbarlandes aufgefordert, Weißrussland innerhalb von 72 Stunden zu verlassen. Eine genaue Anzahl der Betroffenen wurde nicht genannt. Der Botschafter sowie vier Diplomaten dürften ihre Arbeit fortsetzen. Darüber hinaus kündigte das Außenministerium in Minsk die Schließung des ukrainischen Konsulats in der Stadt Brest an.

Als Begründung hieß es, Minsk habe seit Jahren unfreundliche Handlungen von Kiew festgestellt, die zu einer "unverantwortlichen Zerstörung" der bilateralen Beziehungen geführt

hätten. Die ukrainische Seite habe sich in innere Angelegenheiten eingemischt und "destruktive Handlungen" durchgeführt – darunter die "illegale" Luftblockade. Darüber hinaus erwähnte Glas eine grobe Behandlung gegenüber weißrussischen Bürgern in der Ukraine.

Das weißrussische Außenministerium betonte gleichzeitig, der Schritt richte sich nicht gegen Bürgerinnen und Bürger der Ukraine, mit denen Weißrussland stets "brüderlich" verbunden bleibe.

Kiew kündigte eine Reaktion an. Der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums Oleg Nikolenko bezeichnete die Entscheidung Weißrusslands als "weiteren durch nichts provozierten Schritt". Die Botschaft werde mit verringertem Personal normal weiter arbeiten. Die Ukraine wirft Weißrussland vor, die sogenannte militärische Sonderoperation Russlands zu unterstützen.



<https://i.ytimg.com/vi/g7oSo9jJR28/sddefault.jpg>

17:40 de.rt.com: **Baltische Staaten und Polen fordern von EU, den Warentransport von und nach Russland zu verbieten**

Die russische Agentur RIA Nowosti meldet, die baltischen Staaten und Polen hätten die EU aufgefordert, den Warentransport mit Russland und Weißrussland zu verbieten.

Demnach forderten die Verkehrsminister Litauens, Lettlands, Estlands und Polens die Europäische Union auf, den Gütertransport von und nach Russland und Weißrussland zu verbieten sowie das Einlaufen von Schiffen aus diesen Ländern in EU-Häfen zu beschränken, so das litauische Verkehrsministerium. Die baltischen und polnischen Minister trafen diese Entscheidung vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine.

abends:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 23.3.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 250 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122-mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von 13 Ortschaften der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression starb ein Zivilist, sieben wurden verletzt. 30 Wohnhäuser, 11 Infrastrukturobjekte und zwei Fahrzeuge wurden beschädigt. 152 Umspannwerke sind außer

Betrieb, **23.000 Verbraucher haben keinen Strom.**

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 17 ukrainische Besatzer, 5 Feuerpunkte, 2 Schützenpanzer, einen Schützenpanzerwagen und einen Lastwagen vernichtet. Zwei 122mm-Artilleriegeschütze 2S1 „Gwosdika“, ein gepanzertes Kommandostabsfahrzeug und ein Feldartillerielager wurden erbeutet. **Sieben Soldaten der 54. mechanisierten Brigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt** und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind 357 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der DVR übergegangen, 37 von ihnen befinden sich in medizinischen Einrichtungen.

Wir wenden uns an alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und empfehlen nachdrücklich, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten.

Bei einer genauen Untersuchung der in einem Stationierungspunkt von ukrainischen Nationalisten zurückgelassenen Dokumente haben unsere Spezialisten **weitere Beweise für die Beteiligung ausländischer Söldner, die zielgerichtet zwischen 2015 und 2017 auf das Territorium der Ukraine kamen** und an der Seite der Nationalisten standen, an den Kampfhandlungen auf der Seite der bewaffneten Formationen der Ukraine **entdeckt**. Diese werden ihnen hier vorgestellt.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind die **Verluste des Gegners** die folgenden:

95. Luftsturmbrigade – 143 Tote und 193 Verletzte;

25. Luftlandebrigade – 165 Tote und 183 Verletzte;

56. Panzergrenadierbrigade – 172 Tote und 211 Verletzte;

54. mechanisierte Brigade - 248 Tote und 267 Verletzte;

12. operative Brigade der Nationalgarde der Ukraine – 332 Tote und 349 Verletzte.

Zu unserem großen Bedauern **starben in den letzten 24 Stunden sechs Verteidiger der Donezker Volksrepublik** im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht, **23 wurden verletzt**.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sein werden.

Am 18. März 2022 geriet der Aufklärer einer Batterie für Koordination und Artillerieaufklärung, Gardesoldat Sergej Alexandrowitsch Lukjanow, bei der Ausführung einer Kampfaufgabe zur Bekämpfung von Artilleriemitteln des Gegners, die Jassinowataja von provisorischen Feuerstellungen im Gebiet von Awdejewka aus beschossen, unter Mörserfeuer des Gegners. Infolge der Detonation eines 82mm-Mörsergeschosses in unmittelbarer Nähe erlitt der Soldat Lukjanow zahlreiche Splitterverletzungen. Dennoch setzte er die Ausführung der gestellten Aufgaben zur Leitung des Artilleriefeuers zur Vernichtung von Zielen des Gegners fort, was die Beendigung des Beschusses unterstützte und das Leben und die Gesundheit von Bürgern der Republik, die sich im Beschussbereich befanden, rettete.

18:15 de.rt.com: **Medienbericht: USA versuchen, Russlands Goldreserven einzufrieren**
Während der Konflikt in der Ukraine weitergeht, spitzen sich die Entwicklungen, die die

Krise vorantreiben, zu. Russland hat angekündigt, Gas in Rubel zu bepreisen. Und das US-Finanzministerium hat es nun auf die russischen Goldreserven abgesehen.

US-Finanzministerin Janet Yellen wird diese Woche mit einer überparteilichen Senatorengruppe zusammentreffen, um die Absicht zu erörtern, die Goldreserven Russlands in Höhe von 132 Milliarden US-Dollar einzufrieren. Dies berichtet die US-amerikanische Nachrichtenwebseite Axios. Ein Sprecher des US-Finanzministeriums sagte:

"Ministerin Yellen trifft sich regelmäßig mit Mitgliedern des Kongresses, um über die Gesetzgebung zu sprechen. Außerdem leisten Mitarbeiter des Finanzministeriums häufig technische Unterstützung bei Sanktionsgesetzen."

Der US-Senator Angus King aus dem Bundesstaat Maine behauptete, dass die Gesetzgebung bereits diese Woche im US-Senat beschlossen werden könnte. Ziel der Gesetzesvorlage sei es, Moskau die Möglichkeit zu entziehen, die Auswirkungen der westlichen Sanktionen auf seine Wirtschaft durch die Monetarisierung seiner großen Goldreserven abzumildern und den Kreml für sein militärisches Vorgehen in der Ukraine zu bestrafen. King erklärte:

"Russlands massive Goldreserven sind einer der wenigen verbliebenen Vermögenswerte, die Putin nutzen kann, um die Wirtschaft seines Landes vor einem noch stärkeren Absturz zu bewahren. Indem wir diese Reserven mit Sanktionen belegen, isolieren wir Russland noch weiter von der Weltwirtschaft und erschweren Putins immer kostspieligeren Feldzug."

Die US-amerikanischen Politiker, die hinter der Gesetzesinitiative stehen, glauben, dass Moskau Gold benutzt, um die Abwertung seiner nationalen Währung, des Rubels, zu verhindern. Washington ist besorgt, dass die riesigen Goldreserven es dem Kreml ermöglichen, hochwertige Währungen auf dem internationalen Markt zu kaufen.

Am 8. März hat dieselbe Gruppe von US-Senatoren einen Gesetzentwurf eingebracht, der dieses Schlupfloch in den Sanktionen, das den Russen den Handel mit Gold ermöglicht, schließen soll. Der Gesetzentwurf trägt den Titel "Stop Russian GOLD" (Stoppt die russische Regierung und die Oligarchen an der Einschränkung der Demokratie). Wenn der Gesetzentwurf angenommen wird, kann die US-Regierung sekundäre Sanktionen gegen jeden verhängen, der Gold verkauft oder kauft, das der russischen Zentralbank gehört.

Der russische Finanzminister Anton Siluanow hat bereits erklärt, dass Moskau durch die Sanktionen der USA und der EU Reserven im Wert von fast 300 Milliarden US-Dollar verloren hat. Russlands Außenminister Sergei Lawrow sagte, dass das Einfrieren des Vermögens der Zentralbank einem "Diebstahl" gleichkomme. Präsident Wladimir Putin bezeichnete die antirussischen Sanktionen als "totale unverhohlene Aggression" und "einen Krieg, der mit wirtschaftlichen, politischen und informationellen Mitteln geführt wird".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b2a64b480cc7b6c41882a.jpg>

18:20 de.rt.com: **Stoltenberg: NATO wird keine Truppen in Ukraine schicken**

Das Nordatlantische Bündnis werde keine Truppen in die Ukraine entsenden. Dies sagte

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Mittwoch auf einer Pressekonferenz in Brüssel. So kommentierte er den Vorschlag Polens, eine Friedenstruppe dorthin zu entsenden. Stoltenberg sagte auch, dass eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO nicht auf der Tagesordnung des Bündnisgipfels stehe. Er erklärte:

"Die NATO ist nicht in den Konflikt verwickelt, unterstützt aber die Ukraine. Die NATO wird keine Truppen in die Ukraine entsenden. Wir müssen verstehen, dass es wichtig ist, die Ukraine zu unterstützen, aber es ist auch wichtig, einen Krieg zwischen Russland und der NATO zu verhindern. Deshalb haben wir klar gesagt, dass wir keine Truppen in die Ukraine schicken werden."

Außerdem, so der Generalsekretär, schließe die NATO weiterhin die Möglichkeit aus, eine Flugverbotszone über der Ukraine einzurichten, da dies einen Krieg mit Russland bedeute. Er betonte, dass die Einrichtung einer Flugverbotszone dazu führen würde, "dass die NATO russische Flugzeuge abschießen müsste". Er fügte hinzu:

"Wir haben gesagt, dass wir das nicht tun würden, weil wir glauben, dass das zu einem Krieg zwischen der NATO und Russland führen würde."

Stoltenberg sagte auch, dass der NATO-Gipfel am 24. März eine starke Verstärkung der Verteidigung beschließen werde, was höhere Verteidigungsausgaben erfordere. Der NATO-Generalsekretär stellte fest:

"Ich erwarte von den Staats- und Regierungschefs, dass sie sich darauf einigen, die Position der NATO in allen Bereichen zu stärken. Der erste Schritt ist die Stationierung von vier NATO-Battlegroups in Bulgarien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei. Zusammen mit den bereits vorhandenen Kräften im Baltikum und in Polen bedeutet dies, dass wir über acht Gefechtsverbände entlang der gesamten Ostflanke von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer verfügen werden."

Er fügte hinzu, dass langfristig "die Abschreckung und die Verteidigung des Bündnisses neu ausgerichtet werden müssen".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b4011b480cc48113b25cc.jpg>

18:45 de.rt.com: **Schweden liefert der Ukraine 5.000 weitere Panzerabwehrwaffen**

Schweden werde der Ukraine zusätzlich 5.000 Panzerabwehrwaffen für den Kampf gegen Russland liefern. Dies gab Verteidigungsminister Peter Hultqvist bekannt.

Nach Angaben des schwedischen Ministers wird das neue militärische Unterstützungspaket auch Minenräumgeräte umfassen. Der Finanzausschuss des schwedischen Parlaments wird am Nachmittag über das neue Militärhilfepaket beraten.

Schweden hatte der Ukraine bereits 5.000 Panzerabwehrwaffen und andere Militärhilfe geschickt.

Am 11. März wurde bekannt, dass Schweden der Ukraine Schutzausrüstung, Drohnen und

Ferngläser zur Verstärkung ihrer Streitkräfte schicken wird.
Zuvor hatte Schweden bereits 500 Millionen Kronen (mehr als 48 Millionen Euro) zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte im Kampf gegen Russland bereitgestellt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b4fe348fbef7fde4f4bba.jpg>

18:46 de.rt.com: **Telekom-Betriebsräte fordern Schließung sämtlicher Niederlassungen in Russland**

Mehr als 2.000 IT-Spezialisten arbeiten in Russland für die Telekom. Nun fordern zwei Betriebsräte, dass sich das DAX-Unternehmen aus Russland zurückziehen und die Niederlassungen aufgeben soll.

Der Konzernbetriebsrat und der Gesamtbetriebsrat der Deutschen Telekom haben gefordert, die Niederlassungen des Konzerns in Russland aufzugeben. Dies geht aus einer dem Handelsblatt vorliegenden Resolution hervor. Demnach fordert der Gesamtbetriebsrat, der von Beschäftigten der Zentrale und dem Bereich Group Services gewählt wird, die Geschäftsbeziehungen in und mit Russland zu beenden und die Standorte in Russland zu schließen.

Der Konzernbetriebsrat geht indes noch einen Schritt weiter und fordert, Geschäftsbeziehungen künftig nur noch mit Ländern zu unterhalten, die für die Einhaltung der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen stehen. Das allerdings würde Fragen zu dem Geschäftsbetrieb in praktisch jedem Land der Welt aufwerfen.

Wie der Finanzvorstand Christian Illek im Februar 2022 erklärte, beschäftigt die Telekom rund 2.000 Personen in Sankt Petersburg, die Software für T-Systems programmieren. Weitere Standorte befinden sich in Moskau sowie im südrussischen Woronesch. Bei den laufenden Sofortmaßnahmen gehe es um "die Bezahlung und Versorgung mit Hardware und Software der russischen Beschäftigten."

Nach einem früheren Bericht des Handelsblattes sind die Beschäftigten in den russischen Niederlassungen in strategisch wichtige IT-Entwicklungsvorhaben im Rahmen des Glasfaserausbaus in Russland sowie in Projekte des Bundesverkehrsministeriums und des Autoherstellers Mercedes-Benz eingebunden. Bei vielen dieser Vorhaben geht es um das Kerngeschäft der Telekom, daher sind die Mitarbeiter nicht ohne Weiteres zu ersetzen. Dennoch forderte die Konzernbetriebsratsvorsitzende Kerstin Marx "eine klare Reaktion des Vorstands".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b578f48fbef5ffd54beae.jpg>

19:10 de.rt.com: **Deutschland liefert weitere Waffen an Ukraine**

Das deutsche Verteidigungsministerium will der Ukraine zur Verteidigung gegen Russland 2.000 weitere Panzerfäuste aus Beständen der Bundeswehr liefern. Dies beantragte das Ressort von Ministerin Christine Lambrecht (SPD) am Mittwoch nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur beim Bundessicherheitsrat. Die ukrainischen Streitkräfte haben bereits 1.000 Panzerabwehrwaffen sowie 500 Boden-Luft-Raketen vom Typ "Stinger" aus Bundeswehrbeständen erhalten, zudem 500 von rund 2.700 Strela-Raketen sowjetischer Bauart aus Altbeständen der ehemaligen NVA der DDR. Deutschland liefert nach Angaben von Außenministerin Annalena Baerbock derzeit noch weitere Luftabwehrraketen vom Typ Strela. Im Bundestag sagte die Grünen-Politikerin:

"Die weiteren Strela-Lieferungen sind auf dem Weg."

Von den Unionsparteien wird der "Ampel"-Koalition dennoch vorgeworfen, der Ukraine in ihrem Abwehrkampf noch nicht ausreichend zu helfen. Der CDU-Europapolitiker Gunther Krichbaum meinte:

"Die Ukrainer möchten sich hier widersetzen und Widerstand leisten. Wir sollten sie nicht alleine lassen."

Baerbock erklärte dazu nun:

"Wir sind einer der größten Waffenlieferer in dieser Situation. Das ist nichts, was uns stolz macht, sondern das ist das, was wir jetzt tun müssen, um der Ukraine zu helfen."

Krichbaum warf der Bundesregierung dennoch vor, bei der Lieferung von Waffen viel zu zögerlich gewesen zu sein. Wenn die Bundeswehr nichts mehr in ihren Beständen zum Abgeben habe, könne die deutsche Rüstungsindustrie neue Waffen liefern. Der CDU-Politiker hielt der Bundesregierung mangelnden Realitätssinn vor. "Und dieses Fehlen kostet Menschenleben, jeden Tag, jede Stunde."

Die Außenministerin kündigte außerdem an, zur Unterstützung der Nachbarländer bei der Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine werde am Freitag oder Samstag ein erster Flug von Moldau direkt nach Deutschland starten. Rheinland-Pfalz habe als erstes Bundesland zugesagt, Geflüchtete aus Moldau unterzubringen. Der Haushaltsentwurf für das Auswärtige Amt sieht Ausgaben von knapp 6,6 Milliarden Euro vor, nach 6,3 Milliarden im Vorjahr. Mehr als die Hälfte (3,56 Milliarden) davon ist für die Sicherung von Frieden und Stabilität vorgesehen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b58eeb480cc48043fdacc.jpg>

19:24 de.rt.com: **EU will eine Milliarde aus "Friedensfonds" für Waffenlieferungen an die Ukraine ausgeben**

Die EU will mit verstärkten Rüstungslieferungen für die Ukraine dem russischen Einmarsch in diesem Land entgegentreten. Die Gelder werden von einem "Friedensfonds" der EU bereitgestellt. Auch die Planungen für eine EU-Eingreiftruppe werden beschleunigt. Die EU-Staaten wollen der Ukraine mehr Geld zum Kauf von Waffen geben. Bei einem Treffen der EU-Außen- und Verteidigungsminister am Montag in Brüssel betonte die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, die EU werde das Volumen für Waffenlieferungen an die Ukraine auf eine Milliarde Euro verdoppeln. Bereitgestellt werden sollen die Gelder aus dem sogenannten Friedensfonds.

Weil militärische Operationen nicht aus dem EU-Haushalt finanziert werden dürfen, hat die EU in März 2021 einen Fonds mit einem Etat in Höhe von 5 Milliarden Euro beschlossen, mit dem etwa Auslandseinsätze und Militärhilfen für Partnerländer finanziert werden können. Damit werden auch Waffenlieferungen möglich. Die Einsätze sollen nach eigenen Angaben den Frieden sichern, Konflikte verhindern, für Rechtsstaatlichkeit sorgen sowie Piraten und Menschen schmuggler stoppen. Mit dem englischen Namen "European Peace Facility" könnte der Fonds als "Europas Friedensfonds" übersetzt werden.

Diese für die Ukraine locker gemachten Gelder werden vor allem der deutschen Rüstungsindustrie zugute kommen. Die Bundesregierung werde dafür sorgen, dass Bestellungen bei deutschen Rüstungsfirmen schnell realisiert würden, sagte Baerbock am Rande der Beratungen. Man könne aber "nicht in aller Öffentlichkeit darüber reden, weil es geht hier um Leben und Tod".

Die EU-Ministerrunde will außerdem über den sogenannten strategischen Kompass beraten. Das erste sicherheitspolitische Weißbuch der europäischen Union soll beschreiben, wie die EU militärisch unabhängiger werden kann. Unter dem Eindruck des Ukraine-Kriegs sind schon die ersten Entwürfe überarbeitet worden. Die Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten inklusive mehr Geld für die Rüstung spielt mit Verweis auf das russische militärische Vorgehen in der Ukraine eine größere Rolle.

Auch die militärische Eingreiftruppe soll nun spätestens 2025 einsatzbereit sein - schneller als vorgesehen. Die bis zu 5000 Soldaten starke Truppe ist Teil eines sicherheitspolitischen Konzepts, das die Außen- und Verteidigungsminister der 27 Mitgliedstaaten nun angesichts der Lage in der Ukraine beschlossen haben.

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht bot den EU-Partnern an, dass Deutschland 2025 den Kern der neuen Einsatztruppe stellt. Es sei wichtig, klar das Signal zu senden, dass man füreinander einstehe, sagte sie in Brüssel. Lambrecht bezeichnete die geplante Eingreiftruppe als "militärisches Herzstück" des Konzepts, das offiziell Strategischer Kompass genannt wird.

Deutschland liefert der Ukraine Panzerfäuste und leichtere Flugabwehrraketen - Waffen, die für den Ausgang der aktuellen militärischen Auseinandersetzung mit Russland wenig entscheidend sein können. Im Zuge seiner Operation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine vernichtet Russland täglich viele militärische Ziele mit Hochpräzisionswaffen und gibt an, auch westliche Waffenlieferungen noch während ihres Transports in ukrainische Kampfgebiete zu treffen.

Außerdem können diese Waffen leicht zur Trophäe werden und beispielsweise von Russland an die Kämpfer der Donezker und Lugansker Volksrepubliken überreicht werden - wie schon früher geschehen. Waffen, die auch Deutschland in die Ukraine liefert, eignen sich zudem für einen dauerhaften Guerilla-Kampf. Damit könnte die Ukraine für viele Jahre in ein Territorium eines ständigen Militärkonfliktes - wie etwa Somalia oder die Zentralafrikanische Republik - verwandelt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b2c8eb480cc7b6c41882e.jpg>

19:30 de.rt.com: **Neue Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums zur Lage in der Ukraine**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalmajor Igor Konaschenkow hat über die Lage in der Ukraine am Abend des 23. März berichtet. Demnach habe die russische Luftabwehr neun ukrainische unbemannte Flugzeuge in den Gebieten Isjum, Kiew, Sumy, Charkow und Tschernigow zerstört.

Darüber hinaus griffen die taktischen und militärischen Luftstreitkräfte Russlands 86 ukrainische Militäreinrichtungen an, unter anderem sechs Gefechtsstände, zwei Mehrfachraketenwerfer, acht Feldartilleriegeschütze, drei Munitionsdepots und 49 Bereiche, in denen Waffen und militärische Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte disloziert waren. Konaschenkow erwähnte, dass die russischen Streitkräfte im Laufe des Tages u.a. gegen Einheiten der 54. separaten mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im südlichen und südöstlichen Randgebiet der Siedlung Nowomichailowka kämpften und insgesamt um etwa zwei Kilometer vorgerückt seien.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b5dc7b480cc474529aa61.jpg>

20:10 de.rt.com: **Russisches Gebiet von Belgorod: Nach Beschuss Ausnahmezustand über zwei Dörfer verhängt**

Einer TASS-[Meldung](#) zufolge wurden im russischen Gebiet Belgorod mehrere Personen verletzt, nachdem eine Granate, die aus der Ukraine abgefeuert worden sein soll, in einem Dorf explodiert war. Daher wurde über zwei Dörfer der Region der Ausnahmezustand verhängt. Dies habe der Gouverneur der Region, Wjatscheslaw Gladkow, am Mittwoch in seinem Telegram-Kanal mitgeteilt:

"Es gab einen Notfall – es wurde von ukrainischer Seite in unsere Richtung geschossen. Die Granate ist im Dorf explodiert, es gibt Opfer. Zur Sicherheit der Bewohner von Schurawlewka und Nechotejewka hat die Verwaltung des Gebiets Belgorod daher den Ausnahmezustand über diese beiden Dörfer verhängt."

Laut dem Gouverneur wird den Opfern derzeit die notwendige Hilfe zuteil.

Die Bewohner dieser Dörfer werden evakuiert, sagte Wladimir Perzew, Leiter des Bezirks Belgorod, auf seiner Vkontakte.ru-Seite. "Wir haben eine Bezirks-Notfallkommission einberufen, die den Notstand in den Dörfern Schurawlewka und Nechotejewka ausgerufen hat. Im Moment bringen wir die Bewohner dieser beiden Dörfer an einen sicheren Ort, nämlich in die Stadt Belgorod", schrieb Perzew. Nach Angaben des Bürgermeisters von Belgorod, Anton Iwanow, werden etwa 120 aus den Dörfern evakuierte Menschen in der Stadt untergebracht und vor Ort von Ärzten und Psychologen betreut.

Das beschädigte Wohnhaus soll so schnell wie möglich wieder aufgebaut werden, so Gouverneur Gladkow.



https://phototass1.cdnvideo.ru/width/1020_b9261fa1/tass/m2/uploads/i/20220323/6665979.jpg

20:30 de.rt.com: **Russisches Außenministerium übergibt US-Botschaft Mitteilung über Ausweisung von US-Diplomaten**

Das russische Außenministerium hat einem Diplomaten der US-Botschaft in Moskau ein Dokument mit der Auflistung von US-Personal übergeben, das ausgewiesen werden soll. Dies wurde auf der Webseite des Ministeriums ohne Nennung der genauen Anzahl gemeldet. In der Erklärung des russischen Außenministeriums heißt es:

"Einem hochrangigen Diplomaten der US-Botschaft in Moskau, der ins Außenministerium gerufen wurde, ist ein Dokument mit einer Liste jener US-Diplomaten ausgehändigt worden, die ausgewiesen und zur Persona non grata erklärt werden."

Die Behörde fügte hinzu, dass der Ausweisungsbeschluss eine Reaktion auf die Ausweisung von Diplomaten des russischen Repräsentanz bei der UNO in New York und eines russischen Mitglieds des UN-Sekretariats durch die Regierung in Washington, D.C. sei.

Ende Februar hatte Washington die Ausweisung von zwölf Mitarbeitern der russischen Mission bei der UNO angekündigt. Der Ständige Vertreter der USA bei der Organisation Richard Mills hatte erklärt, diese hätten sich nach Ansicht der USA auf Aktivitäten eingelassen, die "mit ihren Verpflichtungen und der Arbeit von Diplomaten nicht vereinbar sind". Sie wurden aufgefordert, die USA zu verlassen, damit sie künftig "die nationale Sicherheit nicht gefährden". Der ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen Wassili Nebensja bezeichnete die Ausweisung als grobe Verletzung der Verpflichtungen jenes Landes, in dem sich der Sitz der Weltorganisation UNO befindet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b6f8348fbef7fde4f4bc6.jpg>

21:10 de.rt.com: **Medienbericht: Bürgermeister von Mariupol verlässt die Stadt**

Die ukrainische Nachrichten-Webseite Strana.ua meldet, dass der Bürgermeister von Mariupol, Wadim Bojtschenko, die Stadt verlassen habe, "weil es dort keine Kommunikation gibt". Auf dem ukrainischen Telegram-Kanal Strana.ua heißt es:

"Wie der Leiter der regionalen Militärverwaltung von Donezk Pawel Kirilenko erklärte, hat Bojtschenko die Stadt verlassen, weil es dort keine Kommunikation gibt. Außerhalb von Mariupol hält er Kontakt mit dem Militär und den Behörden."

In Mariupol läuft die russische spezielle Militäroperation, innerhalb von 24 Stunden sollen nach Angaben des russischen Verteidigungsministerium 8.487 Menschen aus der Stadt evakuiert worden sein, insgesamt sollen bereits 81.958 Einwohner von Mariupol gerettet worden sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b757cb480cc488316062b.jpg>

21:17 de.rt.com: **Russland ab September nicht mehr Vertragspartei der Menschenrechtskonvention**

Russland ist ab 16. September nicht mehr Vertragspartei der Europäischen Menschenrechtskonvention. Dies teilte das Sekretariat des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte am Mittwoch mit.

Russland wird ab dem 16. September 2022 nicht mehr Vertragspartei der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sein, so der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in einer Resolution. Jedoch werde das Gericht noch bis zum 16. September Beschwerden gegen Russland prüfen. In der Erklärung hieß es:

"Die vorliegende Resolution beeinträchtigt die Prüfung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit den Folgen der Beendigung der Mitgliedschaft der Russischen Föderation im Europarat nicht, die sich bei der Ausübung der Zuständigkeit des Gerichtshofs nach der Konvention für die Prüfung der ihm vorgelegten Fälle ergeben könnten."

Am 15. März kündigte Russland seinen Austritt aus dem Europarat an. Durch die Mitgliedschaft im Europarat hatte Russland das Recht erhalten, beim EGMR Beschwerde einzulegen. Die russische Seite erklärte auch ihre Absicht, die Menschenrechtskonvention zu kündigen.

Der Leiter der russischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE), Pjotr Tolstoi, gab der NATO die Schuld "für den Abbruch des Dialogs mit dem Europarat". Seiner Ansicht nach haben die NATO-Staaten "das Thema Menschenrechte zur Durchsetzung ihrer eigenen geopolitischen Interessen benutzt". Russland hatte beschlossen, den Europarat noch vor der Abstimmung in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zu verlassen, die den Ausschluss Russlands aus der Organisation befürwortete. Moskau war einer der Hauptbeitragszahler zum Haushalt des Europarates. Russland zahlte aber den Beitrag für 2022 nicht. Nach Angaben des Duma-Sprechers Wjatcheslaw Wolodin werden die 4,2 Milliarden Rubel (rund 36.590 Euro), die für diesen Zweck vorgesehen waren, von den Behörden zur Unterstützung der russischen Wirtschaft verwendet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b45ef48fbef5d294e4e33.jpg>